**Europäisches Parlament**
2019-2024

*Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres*

**2023/0135(COD)**

21.9.2023

# ***I
# ENTWURF EINES BERICHTS

über den Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Bekämpfung der Korruption, zur Ersetzung des Rahmenbeschlusses 2003/568/JI des Rates und des Übereinkommens über die Bekämpfung der Bestechung, an der Beamte der Europäischen Gemeinschaften oder der Mitgliedstaaten der Europäischen Union beteiligt sind, sowie zur Änderung der Richtlinie (EU) 2017/1371 des Europäischen Parlaments und des Rates
(COM(2023)0234 – C9-0162/2023 – 2023/0135(COD))

Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres

Verfasserin der Stellungnahme: Ramona Strugariu

Verfasserin der Stellungnahme des gemäß Artikel 57 der Geschäftsordnung assoziierten Ausschusses: Caterina Chinnici, Haushaltskontrollausschuss

## *Erklärung der benutzten Zeichen*

| | |
|---|---|
| * | Anhörungsverfahren |
| *** | Zustimmungsverfahren |
| ***I | Ordentliches Gesetzgebungsverfahren (erste Lesung) |
| ***II | Ordentliches Gesetzgebungsverfahren (zweite Lesung) |
| ***III | Ordentliches Gesetzgebungsverfahren (dritte Lesung) |

(Die Angabe des Verfahrens beruht auf der im Entwurf eines Rechtsakts vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

## *Änderungsanträge zu einem Entwurf eines Rechtsakts*

**Änderungsanträge des Parlaments in Spaltenform**

Streichungen werden durch ***Fett- und Kursivdruck*** in der linken Spalte gekennzeichnet. Textänderungen werden durch ***Fett- und Kursivdruck*** in beiden Spalten gekennzeichnet. Neuer Text wird durch ***Fett- und Kursivdruck*** in der rechten Spalte gekennzeichnet.

Aus der ersten und der zweiten Zeile des Kopftextes zu jedem der Änderungsanträge ist der betroffene Abschnitt des zu prüfenden Entwurfs eines Rechtsakts ersichtlich. Wenn sich ein Änderungsantrag auf einen bestehenden Rechtsakt bezieht, der durch den Entwurf eines Rechtsakts geändert werden soll, umfasst der Kopftext auch eine dritte und eine vierte Zeile, in der der bestehende Rechtsakt bzw. die von der Änderung betroffene Bestimmung des bestehenden Rechtsakts angegeben werden.

**Änderungsanträge des Parlaments in Form eines konsolidierten Textes**

Neue Textteile sind durch ***Fett- und Kursivdruck*** gekennzeichnet. Auf Textteile, die entfallen, wird mit dem Symbol ▌ hingewiesen oder diese Textteile erscheinen durchgestrichen. Textänderungen werden gekennzeichnet, indem der neue Text in ***Fett- und Kursivdruck*** steht und der bisherige Text gelöscht oder durchgestrichen wird.
Rein technische Änderungen, die von den Dienststellen im Hinblick auf die Erstellung des endgültigen Textes vorgenommen werden, werden allerdings nicht gekennzeichnet.

**INHALT**

**Seite**

ENTWURF EINER LEGISLATIVEN ENTSCHLIESSUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS ..... 5

BEGRÜNDUNG ..... 81

# ENTWURF EINER LEGISLATIVEN ENTSCHLIESSUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

**zum Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Bekämpfung der Korruption, zur Ersetzung des Rahmenbeschlusses 2003/568/JI des Rates und des Übereinkommens über die Bekämpfung der Bestechung, an der Beamte der Europäischen Gemeinschaften oder der Mitgliedstaaten der Europäischen Union beteiligt sind, sowie zur Änderung der Richtlinie (EU) 2017/1371 des Europäischen Parlaments und des Rates**
**(COM(2023)0234 – C9-0162/2023 – 2023/0135(COD))**

**(Ordentliches Gesetzgebungsverfahren: erste Lesung)**

*Das Europäische Parlament*,

– unter Hinweis auf den Vorschlag der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat (COM(2023)0234),

– gestützt auf Artikel 294 Absatz 2, Artikel 82 Absatz 1 Buchstabe d und Artikel 83 Absatz 1 und 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, auf deren Grundlage ihm der Vorschlag der Kommission unterbreitet wurde (C9-0162/2023),

– gestützt auf Artikel 294 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

– unter Hinweis auf die vom schwedischen Parlament im Rahmen des Protokolls Nr. 2 über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit vorgelegte begründete Stellungnahme, in der geltend gemacht wird, dass der Entwurf eines Gesetzgebungsakts nicht mit dem Subsidiaritätsprinzip vereinbar ist,

– gestützt auf Artikel 59 seiner Geschäftsordnung,

– unter Hinweis auf den Bericht des Haushaltskontrollausschusses,

– unter Hinweis auf den Bericht des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (A9-0000/2023),

1. legt den folgenden Standpunkt in erster Lesung fest;

2. fordert die Kommission auf, es erneut zu befassen, falls sie ihren Vorschlag ersetzt, entscheidend ändert oder beabsichtigt, ihn entscheidend zu ändern;

3. beauftragt seine Präsidentin, den Standpunkt des Parlaments dem Rat und der Kommission sowie den nationalen Parlamenten zu übermitteln.

**Änderungsantrag 1**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Erwägung 5**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
| --- | --- |
| (5) Zur Bekämpfung der Korruption sind sowohl präventive als auch repressive Mechanismen erforderlich. Die Mitgliedstaaten werden aufgefordert, im Rahmen der Korruptionsbekämpfung ein breites Spektrum an präventiven, legislativen und kooperativen Maßnahmen zu ergreifen. Während Korruption in erster Linie ein Verbrechen ist und spezifische Korruptionshandlungen im nationalen und internationalen Recht definiert sind, können Integritätsmängel, nicht offengelegte Interessenkonflikte oder schwerwiegende Verstöße gegen ethische Regeln zu korrupten Praktiken führen, wenn ihnen nicht begegnet wird. Die Korruptionsprävention mindert die Notwendigkeit strafrechtlicher Verfolgung und hat weiter reichende Vorteile für die Förderung des Vertrauens der Öffentlichkeit und die Steuerung des Verhaltens von öffentlichen Bediensteten. Wirksame Ansätze zur Korruptionsbekämpfung stützen sich häufig auf Maßnahmen zur Stärkung von Transparenz, Ethik und Integrität sowie auf eine Regulierung in Bereichen wie Interessenkonflikten, Lobbyarbeit und Drehtüreffekten. Öffentliche Stellen sollten sich um höchste Standards in Bezug auf Integrität, Transparenz und Unabhängigkeit bemühen, da dies ein wichtiger Bestandteil der Korruptionsbekämpfung im weiteren Sinne ist. | (5) Zur Bekämpfung der Korruption sind sowohl präventive als auch repressive Mechanismen erforderlich. Die Mitgliedstaaten werden aufgefordert, im Rahmen der Korruptionsbekämpfung ein breites Spektrum an präventiven, legislativen und kooperativen Maßnahmen zu ergreifen. Während Korruption in erster Linie ein Verbrechen ist und spezifische Korruptionshandlungen im nationalen und internationalen Recht definiert sind, können Integritätsmängel, nicht offengelegte Interessenkonflikte oder schwerwiegende Verstöße gegen ethische Regeln zu korrupten Praktiken führen, wenn ihnen nicht begegnet wird. Die Korruptionsprävention mindert die Notwendigkeit strafrechtlicher Verfolgung und hat weiter reichende Vorteile für die Förderung des Vertrauens der Öffentlichkeit und die Steuerung des Verhaltens von öffentlichen Bediensteten. Wirksame Ansätze zur Korruptionsbekämpfung stützen sich häufig auf Maßnahmen zur Stärkung von Transparenz, Ethik und Integrität sowie auf eine Regulierung in Bereichen wie Interessenkonflikten, Lobbyarbeit und Drehtüreffekten. Öffentliche Stellen sollten sich um höchste Standards in Bezug auf Integrität, Transparenz und Unabhängigkeit bemühen, da dies ein wichtiger Bestandteil der Korruptionsbekämpfung im weiteren Sinne ist. ***Öffentliche Stellen, deren Bedienstete äußerst qualifiziert und integer sind, sind eine zentrale Säule für effiziente, transparente und effektive Mitgliedstaaten frei von Korruption. Eine derartige Personalausstattung öffentlicher Dienste kann erreicht werden, indem die Transparenz und Effizienz sowie die Verwendung objektiver Kriterien in der Personaleinstellung und Beförderung öffentlicher Bediensteter gefördert*** |

***werden.***

Or. en

**Änderungsantrag 2**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Erwägung 5 a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(5a) Das öffentliche Beschaffungswesen ist besonders korruptionsanfällig. Um die Korruption effizient zu bekämpfen, müssen Mitgliedstaaten die Transparenz in der Vergabe öffentlicher Aufträge verstärken, indem die Beteiligung von Interessenträgern, ein verbesserter Zugang zu Informationen, einschließlich durch e-Vergabe, und eine bessere Übersicht und Kontrolle über die Vergabeprozesse ermöglicht werden.*** |

Or. en

**Änderungsantrag 3**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Erwägung 5 b (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(5b) Die Mitgliedstaaten sollten angemessene Rechtsvorschriften und Verfahren festlegen, welche die Finanzierung politischer Wahlkämpfe und Parteien regeln, wie etwa Parameter für die Grenzen, den Zweck sowie die Zeitspanne der Wahlkampfausgaben, Grenzen für Beiträge, staatliche Subventionen, die Bekanntgabe von Gebern sowie die jährliche Offenlegung von Abschlüssen und Ausgaben.*** |

Or. en

**Änderungsantrag 4**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Erwägung 10**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (10) Es ist notwendig, den Rechtsrahmen zur Bekämpfung von Bestechung zu stärken und den Strafverfolgungs- und Anklagebehörden die notwendigen Instrumente an die Hand zu geben. Bei der Bestechung im Zusammenhang mit öffentlichen Bediensteten gilt es zwei Aspekte zu unterscheiden. Aktive Bestechung liegt vor, wenn eine Person einen Vorteil jedweder Art verspricht, anbietet oder gewährt, um einen öffentlichen Bediensteten zu beeinflussen. Passive Bestechung bzw. Bestechlichkeit dagegen liegt vor, wenn der öffentliche Bedienstete dafür, dass er eine bestimmte Handlung vornimmt oder unterlässt, solche Vorteile fordert oder annimmt. In dieser Richtlinie sollten auch Mindestvorschriften für Bestechung und andere Formen der Korruption im privaten Sektor festgelegt werden, bei denen zu den unmittelbaren Opfern Unternehmen gehören, denen zu Unrecht ein Nachteil entsteht, und bei denen der freie Wettbewerb durch jedes angebotene oder angenommene Bestechungsgeld beeinträchtigt wird. | (10) Es ist notwendig, den Rechtsrahmen zur Bekämpfung von Bestechung zu stärken und den Strafverfolgungs- und Anklagebehörden die notwendigen Instrumente an die Hand zu geben. Bei der Bestechung im Zusammenhang mit öffentlichen Bediensteten gilt es zwei Aspekte zu unterscheiden. Aktive Bestechung liegt vor, wenn eine Person einen Vorteil jedweder Art verspricht, anbietet***, vergütet*** oder gewährt, um einen öffentlichen Bediensteten zu beeinflussen. Passive Bestechung bzw. Bestechlichkeit dagegen liegt vor, wenn der öffentliche Bedienstete dafür, dass er eine bestimmte Handlung vornimmt oder unterlässt, solche Vorteile fordert oder annimmt. In dieser Richtlinie sollten auch Mindestvorschriften für Bestechung und andere Formen der Korruption im privaten Sektor festgelegt werden, bei denen zu den unmittelbaren Opfern Unternehmen gehören, denen zu Unrecht ein Nachteil entsteht, und bei denen der freie Wettbewerb durch jedes angebotene oder angenommene Bestechungsgeld beeinträchtigt wird. |

Or. en

**Änderungsantrag 5**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Erwägung 14**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (14) Die Behinderung der Justiz ist eine Straftat, die zur Unterstützung der Korruption begangen wird. Es ist daher notwendig, einen Straftatbestand für die Behinderung der Justiz festzulegen, der die Anwendung von körperlicher Gewalt, Drohungen oder Einschüchterung oder die Anstiftung zur Falschaussage umfasst. Auch sollten Handlungen erfasst werden, mit denen eine Aussage oder die Vorlage von Beweismaterial oder Justiz- oder Strafverfolgungsbeamte bei der Ausübung ihrer Dienstpflichten beeinflusst werden sollen. Im Einklang mit dem UNCAC gilt diese Richtlinie nur für die Behinderung der Justiz in Verfahren im Zusammenhang mit Korruptionsdelikten. | (14) Die Behinderung der Justiz ist eine Straftat, die zur Unterstützung der Korruption begangen wird. Es ist daher notwendig, einen Straftatbestand für die Behinderung der Justiz festzulegen, der die Anwendung von körperlicher Gewalt, Drohungen oder Einschüchterung oder die Anstiftung zur Falschaussage umfasst. Auch sollten Handlungen erfasst werden, mit denen eine Aussage oder die Vorlage von Beweismaterial oder Justiz- oder Strafverfolgungsbeamte bei der Ausübung ihrer Dienstpflichten beeinflusst werden sollen ***sowie die Zerstörung, Veränderung, Verfälschung oder Verheimlichung von Beweismaterial***. Im Einklang mit dem UNCAC gilt diese Richtlinie nur für die Behinderung der Justiz in Verfahren im Zusammenhang mit Korruptionsdelikten. |

Or. en

**Änderungsantrag 6**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Erwägung 15**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (15) Korruption speist sich aus dem Antrieb, ungerechtfertigte wirtschaftliche und andere Vorteile zu erlangen. Um den Anreiz für Einzelpersonen und kriminelle Organisationen, neue Straftaten zu begehen, zu mindern und Einzelpersonen davon abzuhalten, in den Erwerb falschen Eigentums einzuwilligen, sollte die Bereicherung durch Korruptionsdelikte unter Strafe gestellt werden. Dies dürfte wiederum die Verschleierung von illegal erworbenem Eigentum erschweren und die Ausbreitung von Korruption sowie den gesellschaftlichen Schaden begrenzen. | (15) Korruption speist sich aus dem Antrieb, ungerechtfertigte wirtschaftliche und andere Vorteile zu erlangen. Um den Anreiz für Einzelpersonen und kriminelle Organisationen, neue Straftaten zu begehen, zu mindern und Einzelpersonen davon abzuhalten, in den Erwerb falschen Eigentums einzuwilligen, sollte die Bereicherung durch Korruptionsdelikte unter Strafe gestellt werden. Dies dürfte wiederum die Verschleierung von illegal erworbenem Eigentum erschweren und die Ausbreitung von Korruption sowie den gesellschaftlichen Schaden begrenzen. |

| | |
|---|---|
| Transparenz hilft den zuständigen Behörden, eine etwaige unerlaubte Bereicherung aufzudecken. ***Beispielsweise können die Behörden in Ländern, in denen*** öffentliche Bedienstete ihre Vermögenswerte in regelmäßigen Abständen ***angeben müssen***, darunter bei Aufnahme und Beendigung ihrer Tätigkeit, beurteilen, ob die gemeldeten Vermögenswerte den angegebenen Einkünften entsprechen. | Transparenz hilft den zuständigen Behörden, eine etwaige unerlaubte Bereicherung aufzudecken. ***Daher sollte es für*** öffentliche Bedienstete ***verpflichtend sein,*** ihre Vermögenswerte in regelmäßigen Abständen ***anzugeben***, darunter bei Aufnahme und Beendigung ihrer Tätigkeit, ***sodass zuständige Behörden oder unabhängige Stellen*** beurteilen ***können***, ob die gemeldeten Vermögenswerte den angegebenen Einkünften entsprechen***, sowie mögliche Interessenkonflikte oder Drehtüreffekte aufdecken können***. |

Or. en

**Änderungsantrag 7**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Erwägung 15 a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(15a) Die Mitgliedstaaten sollten Maßnahmen erlassen, um die vorsätzliche Verheimlichung oder die andauernde Einbehaltung von Vermögensgegenständen durch eine Person, die sich der Tatsache bewusst ist, dass diese Vermögensgegenstände aus einer in dieser Richtlinie genannte Straftat stammen, auch wenn diese Person nicht direkt an der Straftat beteiligt war, unter Strafe zu stellen.*** |

Or. en

**Änderungsantrag 8**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Erwägung 15 b (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(15b) Die Mitgliedstaaten sollten verpflichtet werden, Maßnahmen zu ergreifen, anhand derer öffentliche Bedienstete für sämtliche schuldhafte Verletzungen ihrer Dienstverpflichtungen, die zur Verletzung der Rechte oder legitimen Interessen von Individuen oder Organisationen führen, zur Rechenschaft gezogen werden. Derartige Verletzungen, einschließlich der Nichterfüllung oder mangelhaften Erfüllung der Dienstverpflichtungen, sollten unter Strafe gestellt werden.*** |

Or. en

**Änderungsantrag 9**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Erwägung 20 a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(20a) In der Korruptionsbekämpfung sollte umgehende Aufmerksamkeit darauf gelegt werden, den Missbrauch von Inhaberaktien und Trusts, die unerlässlich für geheime Finanztätigkeiten sind, anzugehen. Die Mitgliedstaaten erlauben die Verwendung von Inhaberaktien nach wie vor, wodurch Schwarzgeld geheim entgegengenommen, gehalten oder übertragen werden kann. Diese Mechanismen sind noch undurchsichtiger als Steueroasen, wodurch sie ein ernsthaftes Bedenken in der Korruptionsbekämpfung darstellen. Trusts werden außerdem aufgrund ihres Potenzials, undurchsichtige Kapitaltransaktionen durchzuführen sowie die tatsächlichen Empfänger zu verdecken, ausgenutzt. Die missbräuchliche Verwendung von Finanzmitteln erschwert die*** |

***Herausforderung, die Korruption wirksam nachzuverfolgen und zu bekämpfen. Daher müssen die Mitgliedstaaten zügig robuste Maßnahmen ergreifen. Diese Maßnahmen sollten ein eindeutiges Verbot von Inhaberaktien sowie eine umfassende Strategie, anhand derer die Transparenz von Eigentumsverhältnissen bei Trusts sichergestellt wird, umfassen.***

Or. en

**Änderungsantrag 10**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Erwägung 28**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (28) Korruptionsdelikte fallen in eine Kategorie von Straftaten, die nur schwer aufzudecken und aufzuklären sind, da sie meist im Rahmen einer Verabredung zwischen zwei oder mehr Parteien begangen werden und es kein unmittelbares und offensichtliches Opfer gibt, das sich beschweren könnte. Somit bleibt ein erheblicher Teil der Korruptionskriminalität unentdeckt, und die an der Straftat Beteiligten können von den Erträgen aus der Korruption profitieren. Je länger die Aufdeckung eines Korruptionsdelikts dauert, desto schwieriger ist es, Beweise zu erlangen. Daher sollte sichergestellt werden, dass Strafverfolgungsbehörden und Staatsanwälte über geeignete Ermittlungsinstrumente verfügen, um einschlägige Beweise für Korruptionsdelikte zu sammeln, die häufig mehr als einen Mitgliedstaat betreffen. Darüber hinaus sollten die Mitgliedstaaten in enger Abstimmung mit der Agentur der Europäischen Union für die Aus- und Fortbildung auf dem Gebiet der Strafverfolgung (CEPOL) auch | (28) Korruptionsdelikte fallen in eine Kategorie von Straftaten, die nur schwer aufzudecken und aufzuklären sind, da sie meist im Rahmen einer Verabredung zwischen zwei oder mehr Parteien begangen werden und es kein unmittelbares und offensichtliches Opfer gibt, das sich beschweren könnte. Somit bleibt ein erheblicher Teil der Korruptionskriminalität unentdeckt, und die an der Straftat Beteiligten können von den Erträgen aus der Korruption profitieren. Je länger die Aufdeckung eines Korruptionsdelikts dauert, desto schwieriger ist es, Beweise zu erlangen. Daher sollte sichergestellt werden, dass Strafverfolgungsbehörden und Staatsanwälte über geeignete Ermittlungsinstrumente verfügen, um einschlägige Beweise für Korruptionsdelikte zu sammeln, die häufig mehr als einen Mitgliedstaat betreffen. ***Diese Instrumente sollen zumindest die Instrumente der Richtlinie 2014/41/EU des Parlaments und des Rates[1a] umfassen, wie etwa verdeckte Ermittlungen, Ermittlungsmaßnahmen mit einer*** |

ausreichende Schulungen bereitstellen, unter anderem zu dem Einsatz von Ermittlungsinstrumenten für die erfolgreiche Durchführung von Verfahren und zur Ermittlung und Quantifizierung von Korruptionserträgen im Zusammenhang mit deren Sicherstellung und Einziehung. Darüber hinaus erleichtert diese Richtlinie die Erhebung von Informationen und Beweisen, indem für Straftäter, die den Behörden helfen, mildernde Umstände festgelegt werden.

***Beweismittelsammlung in Echtzeit, kontinuierlich und über eine gewisse Zeitspanne hinweg, Telekommunikationsüberwachung, Informationen über Bank- und Finanzgeschäfte sowie Bank- und andere Finanzkonten.*** Darüber hinaus sollten die Mitgliedstaaten in enger Abstimmung mit der Agentur der Europäischen Union für die Aus- und Fortbildung auf dem Gebiet der Strafverfolgung (CEPOL) auch ausreichende Schulungen bereitstellen, unter anderem zu dem Einsatz von Ermittlungsinstrumenten für die erfolgreiche Durchführung von Verfahren und zur Ermittlung und Quantifizierung von Korruptionserträgen im Zusammenhang mit deren Sicherstellung und Einziehung. Darüber hinaus erleichtert diese Richtlinie die Erhebung von Informationen und Beweisen, indem für Straftäter, die den Behörden helfen, mildernde Umstände festgelegt werden.

_____

***[1a]Richtlinie 2014/41/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 3. April 2014 über die Europäische Ermittlungsanordnung in Strafsachen (ABl. L 130 vom 1.5.2014, S. 1).***

Or. en

**Änderungsantrag 11**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Erwägung 30**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (30) Unabhängige Organisationen der Zivilgesellschaft sind für das reibungslose Funktionieren unserer Demokratien von entscheidender Bedeutung und spielen eine Schlüsselrolle bei der Wahrung der gemeinsamen Werte, auf die sich die EU gründet. Sie fungieren als wesentliche | (30) Unabhängige Organisationen der Zivilgesellschaft sind für das reibungslose Funktionieren unserer Demokratien von entscheidender Bedeutung und spielen eine Schlüsselrolle bei der Wahrung der gemeinsamen Werte, auf die sich die EU gründet. Sie fungieren als wesentliche |

| | |
|---|---|
| Kontrollinstanzen, weisen auf Bedrohungen der Rechtsstaatlichkeit hin, tragen dazu bei, die Machthabenden zur Rechenschaft zu ziehen, und gewährleisten die Achtung der Grundrechte. Die Mitgliedstaaten sollten die Beteiligung der Zivilgesellschaft an Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung fördern. | Kontrollinstanzen, weisen auf Bedrohungen der Rechtsstaatlichkeit hin, tragen dazu bei, die Machthabenden zur Rechenschaft zu ziehen, und gewährleisten die Achtung der Grundrechte. Die Mitgliedstaaten sollten die Beteiligung der Zivilgesellschaft an Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung fördern. ***Die konsequente Einbeziehung der Zivilgesellschaft in die Korruptionsprävention und -bekämpfung sowie in der Bewusstseinsbildung für das Bestehen, die Ursachen sowie die Schwere der Korruption und damit einhergehende Bedrohungen sollten ein zentrales Element des Zugangs der Union darstellen.*** |
| | Or. en |

**Änderungsantrag 12**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Erwägung 31**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (31) Medienpluralismus und Medienfreiheit sind zentrale Faktoren für die Rechtsstaatlichkeit, demokratische Rechenschaftspflicht, Gleichheit und die Bekämpfung von Korruption. Unabhängige und pluralistische Medien, insbesondere investigativer Journalismus, spielen eine wichtige Rolle bei der Kontrolle staatlichen Handelns, der Aufdeckung möglicher Fälle von Korruption und Integritätsverletzungen sowie der Sensibilisierung und der Förderung von Integrität. Die Mitgliedstaaten sind verpflichtet, für ein förderliches Umfeld für Journalisten zu sorgen, ihre Sicherheit zu schützen sowie Medienpluralismus und Medienfreiheit gezielt zu fördern. Die Empfehlung der Kommission zum Schutz, zur Sicherheit und zur Handlungskompetenz von Journalisten[49] sowie ***der Vorschlag*** für eine | (31) Medienpluralismus und Medienfreiheit sind zentrale Faktoren für die Rechtsstaatlichkeit, demokratische Rechenschaftspflicht, Gleichheit und die Bekämpfung von Korruption. Unabhängige und pluralistische Medien, insbesondere investigativer Journalismus, spielen eine wichtige Rolle bei der Kontrolle staatlichen Handelns, der Aufdeckung möglicher Fälle von Korruption und Integritätsverletzungen sowie der Sensibilisierung und der Förderung von Integrität. Die Mitgliedstaaten sind verpflichtet, für ein förderliches Umfeld für Journalisten zu sorgen, ihre Sicherheit zu schützen sowie Medienpluralismus und Medienfreiheit gezielt zu fördern. Die Empfehlung der Kommission zum Schutz, zur Sicherheit und zur Handlungskompetenz von Journalisten[49] sowie ***die Vorschläge für*** |

Richtlinie[50] und die Empfehlung der Kommission[51] zum Schutz von Personen, die sich öffentlich beteiligen, vor offenkundig unbegründeten oder missbräuchlichen Gerichtsverfahren („strategische Klagen gegen öffentliche Beteiligung“) enthalten wichtige Garantien und Standards, um sicherzustellen, dass Journalisten, Menschenrechtsverteidiger und andere ihre Rolle ungehindert ausüben können.

***eine Verordnung zur Schaffung eines gemeinsamen Rahmens für Mediendienste im Binnenmarkt (Europäisches Medienfreiheitsgesetz) und*** für eine Richtlinie ***zum Schutz von Personen, die sich öffentlich beteiligen, vor offenkundig unbegründeten oder missbräuchlichen Gerichtsverfahren***[50] und die Empfehlung der Kommission[51] zum Schutz von Personen, die sich öffentlich beteiligen, vor offenkundig unbegründeten oder missbräuchlichen Gerichtsverfahren („strategische Klagen gegen öffentliche Beteiligung“) enthalten wichtige Garantien und Standards, um sicherzustellen, dass Journalisten, Menschenrechtsverteidiger und andere ihre Rolle ungehindert ausüben können.

---

[49] Empfehlung der Kommission vom 16. September 2021 zur Gewährleistung des Schutzes, der Sicherheit und der Handlungskompetenz von Journalisten und anderen Medienschaffenden in der Europäischen Union (C(2021) 6650 final).

[49] Empfehlung der Kommission vom 16. September 2021 zur Gewährleistung des Schutzes, der Sicherheit und der Handlungskompetenz von Journalisten und anderen Medienschaffenden in der Europäischen Union (C(2021) 6650 final).

***[49a] Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines gemeinsamen Rahmens für Mediendienste im Binnenmarkt (Europäisches Medienfreiheitsgesetz) und zur Änderung der Richtlinie 2010/13/EU (COM(2022)457 final).***

[50] Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zum Schutz von Personen, die sich öffentlich beteiligen, vor offenkundig unbegründeten oder missbräuchlichen Gerichtsverfahren („strategische Klagen gegen öffentliche Beteiligung“) (COM(2022) 177 final).

[50] Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zum Schutz von Personen, die sich öffentlich beteiligen, vor offenkundig unbegründeten oder missbräuchlichen Gerichtsverfahren („strategische Klagen gegen öffentliche Beteiligung“) (COM(2022) 177 final).

[51] Empfehlung der Kommission zum Schutz von Journalisten und Menschenrechtsverteidigern, die sich öffentlich beteiligen, vor offenkundig unbegründeten oder missbräuchlichen Gerichtsverfahren („strategische Klagen

[51] Empfehlung der Kommission zum Schutz von Journalisten und Menschenrechtsverteidigern, die sich öffentlich beteiligen, vor offenkundig unbegründeten oder missbräuchlichen Gerichtsverfahren („strategische Klagen

gegen öffentliche Beteiligung“) (C(2022) 2428 final).

gegen öffentliche Beteiligung“) (C(2022) 2428 final).

Or. en

**Änderungsantrag 13**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Erwägung 33**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (33) Für eine wirksame Korruptionsbekämpfung ist ein effizienter Informationsaustausch zwischen den für die Verhütung, Aufdeckung, Ermittlung oder strafrechtliche Verfolgung von Korruptionsdelikten zuständigen Behörden von entscheidender Bedeutung. Die Mitgliedstaaten sollten sicherstellen, dass die Informationen im Einklang mit dem nationalen Recht und dem Unionsrecht wirksam und rechtzeitig ausgetauscht werden. Diese Richtlinie, mit der gemeinsame Definitionen von Korruptionsdelikten festgelegt werden sollen, sollte für den Informationsaustausch und die Zusammenarbeit zwischen den zuständigen nationalen Behörden gemäß den Richtlinien (EU) XX/2023[52], (EU) 2019/1153[53] und (EU) 2016/681[54] des Europäischen Parlaments und des Rates, den Verordnungen (EU) 2018/1240[55], (EU) 2018/1862[56] und (EU) 603/2013[57] des Europäischen Parlaments und des Rates und dem Beschluss 2008/633/JI des Rates[58] als Referenz dienen. | (33) Für eine wirksame Korruptionsbekämpfung ist ein effizienter Informationsaustausch zwischen den für die Verhütung, Aufdeckung, Ermittlung oder strafrechtliche Verfolgung von Korruptionsdelikten zuständigen Behörden von entscheidender Bedeutung. Die Mitgliedstaaten sollten sicherstellen, dass die Informationen im Einklang mit dem nationalen Recht und dem Unionsrecht wirksam und rechtzeitig ausgetauscht werden. Diese Richtlinie, mit der gemeinsame Definitionen von Korruptionsdelikten festgelegt werden sollen, sollte für den Informationsaustausch und die Zusammenarbeit zwischen den zuständigen nationalen Behörden gemäß den Richtlinien (EU) XX/2023[52], (EU) 2019/1153[53] und (EU) 2016/681[54] des Europäischen Parlaments und des Rates, den Verordnungen (EU) 2018/1240[55], (EU) 2018/1862[56] und (EU) 603/2013[57] des Europäischen Parlaments und des Rates und dem Beschluss 2008/633/JI des Rates[58] als Referenz dienen. ***Um die Sicherheit der zwischen den Antikorruptionsfahndungsstellen und -agenturen ausgetauschten Informationen sicherzustellen, sollte die Nutzung der von Europol gemäß der Verordnung (EU) 2016/794 des Europäischen Parlaments und des Rates[58a] verwalteten Anwendung für den sicheren Datenaustausch (SIENA) für alle Antikorruptionsfahndungsstellen und*** |

***-agenturen gemäß dieser Richtlinie verbindlich sein.***

---

[52] Siehe Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über den Informationsaustausch zwischen Strafverfolgungsbehörden der Mitgliedstaaten und zur Aufhebung des Rahmenbeschlusses 2006/960/JI des Rates (COM(2021) 782 final).

[53] Richtlinie (EU) 2019/1153 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 zur Festlegung von Vorschriften zur Erleichterung der Nutzung von Finanz- und sonstigen Informationen für die Verhütung, Aufdeckung, Untersuchung oder Verfolgung bestimmter Straftaten und zur Aufhebung des Beschlusses 2000/642/JI des Rates (ABl. L 186 vom 11.7.2019, S. 122).

[54] Richtlinie (EU) 2016/681 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 über die Verwendung von Fluggastdatensätzen (PNR-Daten) zur Verhütung, Aufdeckung, Ermittlung und Verfolgung von terroristischen Straftaten und schwerer Kriminalität (ABl. L 119 vom 4.5.2016, S. 132), Anhang II Nummer 6.

[55] Verordnung (EU) 2018/1240 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. September 2018 über ein Europäisches Reiseinformations- und -genehmigungssystem (ETIAS) und zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1077/2011, (EU) Nr. 515/2014, (EU) 2016/399, (EU) 2016/1624 und (EU) 2017/2226 (ABl. L 236 vom 19.9.2018, S. 1), Anhang, Nummer 7.

[56] Verordnung (EU) 2018/1862 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. November 2018 über die Einrichtung, den Betrieb und die Nutzung des Schengener Informationssystems (SIS) im Bereich der polizeilichen

---

[52] Siehe Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über den Informationsaustausch zwischen Strafverfolgungsbehörden der Mitgliedstaaten und zur Aufhebung des Rahmenbeschlusses 2006/960/JI des Rates (COM(2021) 782 final).

[53] Richtlinie (EU) 2019/1153 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 zur Festlegung von Vorschriften zur Erleichterung der Nutzung von Finanz- und sonstigen Informationen für die Verhütung, Aufdeckung, Untersuchung oder Verfolgung bestimmter Straftaten und zur Aufhebung des Beschlusses 2000/642/JI des Rates (ABl. L 186 vom 11.7.2019, S. 122).

[54] Richtlinie (EU) 2016/681 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 über die Verwendung von Fluggastdatensätzen (PNR-Daten) zur Verhütung, Aufdeckung, Ermittlung und Verfolgung von terroristischen Straftaten und schwerer Kriminalität (ABl. L 119 vom 4.5.2016, S. 132), Anhang II Nummer 6.

[55] Verordnung (EU) 2018/1240 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. September 2018 über ein Europäisches Reiseinformations- und -genehmigungssystem (ETIAS) und zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1077/2011, (EU) Nr. 515/2014, (EU) 2016/399, (EU) 2016/1624 und (EU) 2017/2226 (ABl. L 236 vom 19.9.2018, S. 1), Anhang, Nummer 7.

[56] Verordnung (EU) 2018/1862 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. November 2018 über die Einrichtung, den Betrieb und die Nutzung des Schengener Informationssystems (SIS) im Bereich der polizeilichen

Zusammenarbeit und der justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen, zur Änderung und Aufhebung des Beschlusses 2007/533/JI des Rates und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1986/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates und des Beschlusses 2010/261/EU der Kommission (ABl. L 312 vom 7.12.2018, S. 56). Im SIS-II-Beschluss des Rates wird indirekt auf Korruption Bezug genommen, indem sein Anwendungsbereich durch einen Verweis auf den Europäischen Haftbefehl, z. B. in Artikel 8, begrenzt wird.

[57] Verordnung (EU) Nr. 603/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über die Einrichtung von Eurodac für den Abgleich von Fingerabdruckdaten zum Zwecke der effektiven Anwendung der Verordnung (EU) Nr. 604/2013 zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen in einem Mitgliedstaat gestellten Antrags auf internationalen Schutz zuständig ist und über der Gefahrenabwehr und Strafverfolgung dienende Anträge der Gefahrenabwehr- und Strafverfolgungsbehörden der Mitgliedstaaten und Europols auf den Abgleich mit Eurodac-Daten sowie zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1077/2011 zur Errichtung einer Europäischen Agentur für das Betriebsmanagement von IT-Großsystemen im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts (ABl. L 180 vom 29.6.2013, S. 1).

[58] Beschluss 2008/633/JI des Rates vom 23. Juni 2008 über den Zugang der benannten Behörden der Mitgliedstaaten und von Europol zum Visa-Informationssystem (VIS) für Datenabfragen zum Zwecke der Verhütung, Aufdeckung und Ermittlung terroristischer und sonstiger schwerwiegender Straftaten (ABl. L 218

Zusammenarbeit und der justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen, zur Änderung und Aufhebung des Beschlusses 2007/533/JI des Rates und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1986/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates und des Beschlusses 2010/261/EU der Kommission (ABl. L 312 vom 7.12.2018, S. 56). Im SIS-II-Beschluss des Rates wird indirekt auf Korruption Bezug genommen, indem sein Anwendungsbereich durch einen Verweis auf den Europäischen Haftbefehl, z. B. in Artikel 8, begrenzt wird.

[57] Verordnung (EU) Nr. 603/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über die Einrichtung von Eurodac für den Abgleich von Fingerabdruckdaten zum Zwecke der effektiven Anwendung der Verordnung (EU) Nr. 604/2013 zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen in einem Mitgliedstaat gestellten Antrags auf internationalen Schutz zuständig ist und über der Gefahrenabwehr und Strafverfolgung dienende Anträge der Gefahrenabwehr- und Strafverfolgungsbehörden der Mitgliedstaaten und Europols auf den Abgleich mit Eurodac-Daten sowie zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1077/2011 zur Errichtung einer Europäischen Agentur für das Betriebsmanagement von IT-Großsystemen im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts (ABl. L 180 vom 29.6.2013, S. 1).

[58] Beschluss 2008/633/JI des Rates vom 23. Juni 2008 über den Zugang der benannten Behörden der Mitgliedstaaten und von Europol zum Visa-Informationssystem (VIS) für Datenabfragen zum Zwecke der Verhütung, Aufdeckung und Ermittlung terroristischer und sonstiger schwerwiegender Straftaten (ABl. L 218

vom 13.8.2008, S. 129). Im VIS-Beschluss des Rates zur Strafverfolgung wird indirekt auf Korruption Bezug genommen, indem sein Anwendungsbereich durch einen Verweis auf den Europäischen Haftbefehl in Erwägungsgrund 6 begrenzt wird.

vom 13.8.2008, S. 129). Im VIS-Beschluss des Rates zur Strafverfolgung wird indirekt auf Korruption Bezug genommen, indem sein Anwendungsbereich durch einen Verweis auf den Europäischen Haftbefehl in Erwägungsgrund 6 begrenzt wird.

***[58a]Verordnung (EU) 2016/794 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2016 über die Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung (Europol) und zur Ersetzung und Aufhebung der Beschlüsse 2009/371/JI, 2009/934/JI, 2009/935/JI, 2009/936/JI und 2009/968/JI des Rates (ABl. L 135 vom 24.5.2016, S. 53).***

Or. en

**Änderungsantrag 14**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Erwägung 33 a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(33a) Opfer von Korruption werden häufig in gerichtlichen Prozessen nicht vertreten, in Korruptionsermittlungen nicht beraten und erhalten keine Möglichkeit für Entschädigung. Faktisch werden bei der Durchsetzung von Maßnahmen gegen die internationale Korruption häufig die Beteiligung sowie die Rechte der Opfer vernachlässigt, wodurch eine erhebliche Lücke auftritt, aufgrund derer Opfer häufig unbekannt bleiben. Die Mitgliedstaaten sollten die Rechte der Opfer schützen und sicherstellen, dass ihre Sichtweise geteilt und berücksichtigt wird, ohne dass die Verteidigungsrechte der Täter während Strafverfahren eingeschränkt werden. Die Entschädigung der Opfer ist wesentlich für Gerechtigkeit und die Opfer sollten ermächtigt werden, Rechtsbehelfe*** |

***einzulegen. Die Mitgliedstaaten sollten daher Maßnahmen ergreifen, die es von Korruption betroffenen Individuen oder Organisationen ermöglichen, Rechtshandlungen gegen die verantwortlichen Parteien zu ergreifen, um eine angemessene Entschädigung zu fordern.***

Or. en

**Änderungsantrag 15**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Erwägung 34**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (34) Korruption ist ein bereichsübergreifendes Problem, bei dem sich die Schwachstellen und die Art und Weise, wie sie am sinnvollsten behoben werden können, von Sektor zu Sektor unterscheiden. Die Mitgliedstaaten sollten daher regelmäßig eine Bewertung durchführen, um die am stärksten von Korruption bedrohten Sektoren zu ermitteln, und Risikomanagementpläne zur Bewältigung der Hauptrisiken in den ermittelten Sektoren entwickeln, unter anderem indem sie mindestens einmal jährlich Sensibilisierungsmaßnahmen durchführen, die auf die Besonderheiten der ermittelten Sektoren abgestimmt sind. Mitgliedstaaten, die über breit angelegte nationale Strategien zur Korruptionsbekämpfung verfügen, können sich auch dafür entscheiden, ihre Risikobewertungen und ihre Risikomanagementpläne darin aufzunehmen, solange in regelmäßigen Abständen die Risiken bewertet und die Maßnahmen überprüft werden. So gehören beispielsweise ***Aufenthaltsregelungen*** für Investoren zu den Bereichen, in denen ein hohes Korruptionsrisiko besteht,[59] und sollten daher ***in die Bewertungen der am*** | (34) Korruption ist ein bereichsübergreifendes Problem, bei dem sich die Schwachstellen und die Art und Weise, wie sie am sinnvollsten behoben werden können, von Sektor zu Sektor unterscheiden. Die Mitgliedstaaten sollten daher regelmäßig eine Bewertung durchführen, um die am stärksten von Korruption bedrohten Sektoren zu ermitteln, und Risikomanagementpläne zur Bewältigung der Hauptrisiken in den ermittelten Sektoren entwickeln, unter anderem indem sie mindestens einmal jährlich Sensibilisierungsmaßnahmen durchführen, die auf die Besonderheiten der ermittelten Sektoren abgestimmt sind. Mitgliedstaaten, die über breit angelegte nationale Strategien zur Korruptionsbekämpfung verfügen, können sich auch dafür entscheiden, ihre Risikobewertungen und ihre Risikomanagementpläne darin aufzunehmen, solange in regelmäßigen Abständen die Risiken bewertet und die Maßnahmen überprüft werden. So gehören beispielsweise ***Staatsbürgerschaftsregelungen*** für Investoren zu den Bereichen, in denen ein hohes Korruptionsrisiko besteht,[59] und |

***stärksten von Korruption bedrohten Sektoren und die*** von den Mitgliedstaaten ***gemäß dieser Richtlinie durchzuführenden Schulungen einbezogen*** werden.

---

[59] Bericht der Kommission vom 23. Januar 2019 an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen über Staatsbürgerschaftsregelungen und Aufenthaltsregelungen für Investoren in der Europäischen Union (COM(2019) 12 final).

sollten daher von den Mitgliedstaaten ***gänzlich verboten*** werden. ***Staatsbürgerschaftsregelungen für russische Staatsbürger unterliegen nach wie vor gezielten finanziellen Sanktionen und sollten ebenfalls verboten werden[59a].***

---

[59] Bericht der Kommission vom 23. Januar 2019 an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen über Staatsbürgerschaftsregelungen und Aufenthaltsregelungen für Investoren in der Europäischen Union (COM(2019) 12 final).

***[59a] P9_TA(2022)0065 Programme zum Erwerb einer Staatsbürgerschaft oder von Aufenthaltsrechten im Gegenzug für Investitionen Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments vom 9. März 2022 mit Vorschlägen an die Kommission zum Erwerb einer Staatsbürgerschaft oder von Aufenthaltsrechten im Gegenzug für Investitionen (2021/2026(INL)), Abs. 23.***

Or. en

**Änderungsantrag 16**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Erwägung 34 a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(34a) Die Kommission sollte die Mitgliedstaaten und ihre Behörden bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen gemäß dieser Richtlinie unterstützen. Die Kommission sollte Mitgliedstaaten insbesondere bei der Verstärkung der Kapazitäten ihrer Institutionen beraten und begleiten, um Ermittlungsstellen sowie Richter und Staatsanwälte zu unterstützen, sodass diese besser für die*** |

***Risiken der Korruption auf nationaler und Unionsebene gewappnet sind.***

Or. en

**Änderungsantrag 17**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Erwägung 34 b (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(34b) Das EU-Netz zur Korruptionsbekämpfung sollte die Expertise und Ressourcen der Mitgliedstaaten, EU-Institutionen, Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft einbeziehen, um umfassende Strategien zu entwickeln sowie bewährte Vorgehensweisen in der Korruptionsbekämpfung zu teilen. Es sollte als Plattform für die Zusammenarbeit, die Koordinierung und den Informationsaustausch dienen, einschließlich mit internationalen Organisationen und Einrichtungen, sodass die EU die Korruption wirksamer bekämpfen kann.*** |

Or. en

**Änderungsantrag 18**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Erwägung 35**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (35) Um für die finanziellen Interessen der Union und der Mitgliedstaaten ein gleichwertiges Schutzniveau zu gewährleisten, sollten die Bestimmungen der Richtlinie (EU) 2017/1371[60] an die ***Bestimmungen*** der vorliegenden Richtlinie angeglichen werden. Zu diesem Zweck | (35) Um für die finanziellen Interessen der Union und der Mitgliedstaaten ein gleichwertiges Schutzniveau zu gewährleisten, sollten die Bestimmungen der Richtlinie (EU) 2017/1371[60] an die ***Normen*** der vorliegenden Richtlinie angeglichen werden. Zu diesem Zweck |

| | |
|---|---|
| sollten die ***Vorschriften, die in Bezug auf Sanktionen, erschwerende und mildernde Umstände und Verjährungsfristen für*** gegen die finanziellen Interessen der Union ***gerichtete Straftaten gelten,*** den in der vorliegenden Richtlinie festgelegten Vorschriften entsprechen. | sollten die ***Mitgliedstaaten sicherstellen, dass die in dieser Richtlinie genannten Straftaten auch Delikte darstellen, wenn sie*** gegen die finanziellen Interessen der Union ***gerichtet sind***. ***Infolgedessen werden die in der Richtlinie (EU) 2017/1371 festgelegten Standards für die Bekämpfung von gegen die finanziellen Interessen der Union gerichteter Korruption, insbesondere in Bezug auf die Definition von Straftaten, Sanktionen, Verjährungsfristen, erschwerende und mildernde Umstände und Zuständigkeit,*** den in der vorliegenden Richtlinie festgelegten Vorschriften entsprechen. |
| [60] Richtlinie (EU) 2017/1371 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juli 2017 über die strafrechtliche Bekämpfung von gegen die finanziellen Interessen der Union gerichtetem Betrug (ABl. L 198 vom 28.7.2017, S. 29). | [60] Richtlinie (EU) 2017/1371 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juli 2017 über die strafrechtliche Bekämpfung von gegen die finanziellen Interessen der Union gerichtetem Betrug (ABl. L 198 vom 28.7.2017, S. 29). |

Or. en

**Änderungsantrag 19**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 2 – Absatz 1 – Nummer 4 – Buchstabe a**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| a) ein Mitglied eines Organs, einer Einrichtung oder einer sonstigen Stelle der Union oder ein den Unionsbeamten gleichgestellter Bediensteter dieser Einrichtungen ist; | a) ein Mitglied eines Organs, einer Einrichtung oder einer sonstigen Stelle der Union oder ein den Unionsbeamten gleichgestellter Bediensteter dieser Einrichtungen ist***, soweit der in der Verordnung (EWG, Euratom, EGKS) Nr. 259/68 des Rates festgelegte Statuts der Beamten und der Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen Bediensteten der Europäischen Union (im Folgenden „Statut“) nicht für dieses gilt***; |

Or. en

**Änderungsantrag 20**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 2 – Absatz 1 – Nummer 5**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| 5. „nationaler Beamter“ jede Person, die auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene ein Amt im Bereich der Exekutive, Verwaltung oder Justiz innehat, unabhängig davon, ob die Person ernannt oder gewählt wurde, ob es sich um ein dauerhaftes oder befristetes Beschäftigungsverhältnis handelt, ob es sich um eine vergütete oder nicht vergütete Tätigkeit handelt und unabhängig vom Dienstalter der betreffenden Person. Ferner ***gilt*** jede Person, die auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene ein Amt im Bereich der Gesetzgebung innehat, für die Zwecke dieser Richtlinie ***als nationaler Beamter***; | 5. „nationaler Beamter“ jede Person, die auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene ein Amt im Bereich der Exekutive, Verwaltung oder Justiz innehat, unabhängig davon, ob die Person ernannt oder gewählt wurde, ob es sich um ein dauerhaftes oder befristetes Beschäftigungsverhältnis handelt, ob es sich um eine vergütete oder nicht vergütete Tätigkeit handelt und unabhängig vom Dienstalter der betreffenden Person. Ferner ***wird*** jede Person, die auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene ein Amt im Bereich der Gesetzgebung innehat, für die Zwecke dieser Richtlinie ***mit nationalen Beamten gleichgesetzt***; |

Or. en

**Änderungsantrag 21**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 2 – Absatz 1 – Nummer 8**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| 8. „hochrangige Beamte“ Staatsoberhäupter, Chefs von Zentral- und Regionalregierungen, Mitglieder von Zentral- und Regionalregierungen sowie andere politische Mandatsträger, die ein hochrangiges öffentliches Amt innehaben, wie stellvertretende Minister, Staatssekretäre, Leiter und Mitglieder des Kabinetts eines Ministers, hochrangige politische Amtsträger sowie Mitglieder von Parlamentskammern, Mitglieder der höchsten Gerichte wie Verfassungsgerichte | 8. „hochrangige Beamte“ Staatsoberhäupter, Chefs von Zentral- und Regionalregierungen, Mitglieder von Zentral- und Regionalregierungen***, das Kollegium der Kommissionsmitglieder der Europäischen Kommission*** sowie andere politische Mandatsträger, die ein hochrangiges öffentliches Amt innehaben, wie stellvertretende Minister, Staatssekretäre, Leiter und Mitglieder des Kabinetts eines Ministers, hochrangige politische Amtsträger sowie Mitglieder von |

| | |
|---|---|
| und oberste Gerichtshöfe sowie Mitglieder der obersten Rechnungskontrollbehörden. | Parlamentskammern, ***Mitglieder des Europäischen Parlaments,*** Mitglieder der höchsten Gerichte wie Verfassungsgerichte und oberste Gerichtshöfe***, Militärbeamte, leitende Angestellte von staatseigenen Gesellschaften, Bedienstete politischer Parteien*** sowie Mitglieder der obersten Rechnungskontrollbehörden. |

Or. en

**Änderungsantrag 22**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 2 – Absatz 1 – Nummer 8 a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***8a. „Großkorruption“ die Begehung einer der in Artikeln 7 bis 14 genannten Straftaten, wobei die Straftat:*** |
| | ***a) einen hochrangigen Beamten involvierte; oder*** |
| | ***b) innerhalb eines kriminellen Systems begangen wurde; oder*** |
| | ***c) zur grob missbräuchlichen Verwendung von Vermögensgegenständen führte; oder*** |
| | ***d) zu schweren Menschenrechtsverletzungen oder -verstößen oder anderweitigen Menschenrechtsverletzungen oder -verstößen, die weit verbreitet oder systematisch sind oder andernfalls ernsthafte Bedenken hervorrufen, führte oder führen sollte.*** |

Or. en

**Änderungsantrag 23**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 2 – Absatz 1 – Nummer 8 b (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***8b. „Opfer von Korruption“ Personen, die individuell oder kollektiv, direkt oder indirekt Schaden erlitten haben, einschließlich körperlichen oder psychischen Verletzungen, seelischem Leid, wirtschaftlichen Verlusten oder erheblichen Beeinträchtigungen ihrer Grundrechte, durch Handlungen oder Unterlassungen die Folge einer der in Artikeln 7 bis 14 genannten Straftaten sind.*** |

Or. en

**Änderungsantrag 24**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 3 – Absatz 1**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (1) Die Mitgliedstaaten führen geeignete Maßnahmen ***wie*** Informations- und Sensibilisierungskampagnen sowie Forschungs- und Bildungsprogramme ***durch***, um die Öffentlichkeit für die Schädlichkeit von Korruption zu sensibilisieren und allgemein die Begehung von Korruptionsdelikten zu verhindern sowie das Korruptionsrisiko zu verringern. | (1) Die Mitgliedstaaten führen geeignete Maßnahmen durch***, einschließlich*** Informations- und Sensibilisierungskampagnen sowie Forschungs- und Bildungsprogramme, um die Öffentlichkeit für die Schädlichkeit von Korruption zu sensibilisieren und allgemein die Begehung von Korruptionsdelikten zu verhindern sowie das Korruptionsrisiko zu verringern. |

Or. en

**Änderungsantrag 25**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 3 – Absatz 2**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (2) Die Mitgliedstaaten treffen | (2) Die Mitgliedstaaten treffen ***mittels*** |

| | |
|---|---|
| Maßnahmen zur Gewährleistung eines Höchstmaßes an Transparenz und Rechenschaftspflicht in der öffentlichen Verwaltung und in öffentlichen Entscheidungsprozessen, um Korruption zu verhindern. | ***leistungsorientierten Einstellungs- und Beförderungsverfahren*** Maßnahmen zur Gewährleistung eines Höchstmaßes an ***Integrität,*** Transparenz und Rechenschaftspflicht in der öffentlichen Verwaltung und in öffentlichen Entscheidungsprozessen, um Korruption zu verhindern. |

Or. en

**Änderungsantrag 26**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 3 – Absatz 3**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (3) Die Mitgliedstaaten treffen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass wichtige Präventionsinstrumente ***wie ein offener Zugang zu Informationen von öffentlichem Interesse und wirksame Vorschriften für die Offenlegung von und den Umgang mit Interessenkonflikten im öffentlichen Sektor, für die Offenlegung und Überprüfung von Vermögenswerten öffentlicher Bediensteter und für die Interaktion zwischen privatem und öffentlichem Sektor*** vorhanden sind***.*** | (3) Die Mitgliedstaaten treffen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass wichtige Präventionsinstrumente vorhanden sind***, wie:*** |

Or. en

**Änderungsantrag 27**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 3 – Absatz 3 – Buchstabe a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***a) eine Strategie sowie ein Aktionsplan zur Bekämpfung der Korruption, die unter Beteiligung der zuständigen Behörden sowie der Zivilgesellschaft ausgearbeitet wurden;*** |

Or. en

**Änderungsantrag 28**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 3 – Absatz 3 – Buchstabe b (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***b) ein offener Zugang zu Informationen von öffentlichem Interesse;*** |

Or. en

**Änderungsantrag 29**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 3 – Absatz 3 – Buchstabe c (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***c) wirksame Vorschriften für die Offenlegung von und den Umgang mit Interessenkonflikten im öffentlichen Sektor, einschließlich der ad-hoc Offenlegung neuer Interessenkonflikte, wenn diese Auftreten, sowie der Festlegung von Sanktionen bei Nichtmeldung von wesentlichen Vermögenswerten oder Interessen;*** |

Or. en

**Änderungsantrag 30**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 3 – Absatz 3 – Buchstabe d (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***d) wirksame Vorschriften für die regelmäßige und risikobasierte Offenlegung und Überprüfung von*** |

***Vermögenswerten öffentlicher Bediensteter sowie die Festlegung von Sanktionen bei Nichtmeldung von wesentlichen Vermögenswerten oder Interessen;***

Or. en

**Änderungsantrag 31**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 3 – Absatz 3 – Buchstabe e (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***e) wirksame Vorschriften für die Interaktion zwischen privatem und öffentlichem Sektor, einschließlich der Regulierung von Lobbying und Drehtüreffekten, der proaktiven Veröffentlichung von Lobbying-Sitzungen, der Einrichtung eines öffentlichen legislativen Fußabdrucks, sowie der Begründung einer Verpflichtung für Verbände, Denkfabriken und gemeinnützige Organisationen, die Interessenvertretung betreiben, sich in Transparenz-Register eintragen zu lassen und Firmenmitgliedschaften offenzulegen;*** |

Or. en

**Änderungsantrag 32**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 3 – Absatz 3 – Buchstabe f (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***f) interoperable Systeme für die Veröffentlichung und Offenlegung sämtlicher in diesem Artikel genannter Daten, wie etwa Transparenz-Register. Alle in diesem Artikel genannten Daten*** |

***werden veröffentlicht, rechtzeitig aktualisiert sowie, in maschinenlesbaren Formaten und als Massen-Downloads zugänglich gemacht.***

Or. en

**Änderungsantrag 33**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 3 – Absatz 3 a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(3a) Die Mitgliedstaaten ergreifen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass die Finanzierung von Kandidaturen für ein öffentliches Wahlamt sowie von politischen Parteien dank jährlicher Berichterstattungsmechanismen transparent gestaltet wird, etwa durch wirksame Regelungen für die Berichterstattung, Buchprüfung und Offenlegung der Finanzen politischer Parteien sowie durch gleiche Pflichten für die Sammlung und Veröffentlichung aller Daten zu Einnahmen, Verbindlichkeiten und Ausgaben von am Wahlkampf beteiligten Personen.*** |

Or. en

**Änderungsantrag 34**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 3 – Absatz 4 – Einleitung**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (4) Die Mitgliedstaaten ergreifen umfassende und zeitgemäße Maßnahmen zur Korruptionsprävention sowohl im öffentlichen als auch im privaten Sektor, die den spezifischen Risiken des betreffenden Tätigkeitsbereichs Rechnung | (4) Die Mitgliedstaaten ergreifen umfassende und zeitgemäße Maßnahmen zur Korruptionsprävention sowohl im öffentlichen als auch im privaten Sektor, die den spezifischen Risiken des betreffenden Tätigkeitsbereichs Rechnung |

tragen. Diese Maßnahmen umfassen mindestens Maßnahmen zur Stärkung der Integrität von und zur Verhinderung von Korruptionsmöglichkeiten für

tragen. ***Diese Bereiche inkludieren zumindest übliche mit hohem Risiko behaftete Bereiche wie den Gesundheitssektor, die Vergabe öffentlicher Aufträge und das Baugewerbe.*** Diese Maßnahmen umfassen mindestens Maßnahmen zur Stärkung der Integrität von und zur Verhinderung von Korruptionsmöglichkeiten für

Or. en

**Änderungsantrag 35**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 3 – Absatz 4 – Buchstabe b**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| b) Mitglieder der Strafverfolgungs- und Justizbehörden, einschließlich Maßnahmen betreffend die Ernennung und das Verhalten dieser Personen sowie Maßnahmen zur Gewährleistung eines angemessenen Entgelts und von Entgeltgerechtigkeit. | b) Mitglieder der Strafverfolgungs- und Justizbehörden, einschließlich Maßnahmen betreffend die ***leistungsorientierte*** Ernennung***,*** ***Beförderung*** und das Verhalten dieser Personen sowie Maßnahmen zur Gewährleistung eines angemessenen Entgelts und von Entgeltgerechtigkeit. |

Or. en

**Änderungsantrag 36**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 3 – Absatz 5 – Unterabsatz 1**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| Die Mitgliedstaaten führen ***regelmäßig*** eine Bewertung zur Ermittlung der Sektoren mit dem höchsten Korruptionsrisiko durch. | Die Mitgliedstaaten führen ***jährlich*** eine Bewertung zur Ermittlung der Sektoren mit dem höchsten Korruptionsrisiko durch. |

Or. en

**Änderungsantrag 37**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 3 – Absatz 5 – Unterabsatz 2 – Buchstabe b**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| b) sie entwickeln Pläne ***zur Bewältigung der*** Hauptrisiken in den ermittelten Sektoren***.*** | b) sie entwickeln ***sektorenspezifische*** Pläne ***zur Korruptionsbekämpfung, einschließlich Mechanismen zur Durchführung und Überwachung, um die*** Hauptrisiken in den ermittelten Sektoren ***zu bewältigen; und*** |

Or. en

**Änderungsantrag 38**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 3 – Absatz 5 – Unterabsatz 2 – Buchstabe b a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***ba) sie stellen sicher, dass die Analyseergebnisse veröffentlicht werden.*** |

Or. en

**Änderungsantrag 39**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 3 – Absatz 5 a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(5a) Die Mitgliedstaaten ergreifen angemessene Maßnahmen, um die Transparenz und Rechenschaftspflicht in der Verwaltung öffentlicher Finanzen zu fördern. Die Mitgliedstaaten ergreifen insbesondere die erforderlichen Maßnahmen, um angemessene Systeme für die Vergabe öffentlicher Aufträge zu schaffen, die auf Transparenz, Wettbewerb und objektiven Kriterien für*** |

***die Entscheidungsfindung basieren.***

***Die Mitgliedstaaten veröffentlichen Informationen in offenen Dateiformaten, einschließlich, aber nicht beschränkt auf, öffentliche Haushalte und Ausgaben, Vergabe öffentlicher Aufträge, Wahlaufzeichnungen, Genehmigungen und Konzessionen sowie staatliche Subventionen.***

Or. en

**Änderungsantrag 40**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 3 – Absatz 6**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (6) Die Mitgliedstaaten ***treffen gegebenenfalls Maßnahmen, um die Beteiligung der*** Zivilgesellschaft, ***von*** Nichtregierungsorganisationen und ***von lokalen*** Organisationen ***an*** Antikorruptionsmaßnahmen ***zu fördern***. | (6) Die Mitgliedstaaten ***beziehen die*** Zivilgesellschaft, Nichtregierungsorganisationen und ***lokale*** Organisationen ***aktiv in*** Antikorruptionsmaßnahmen ***ein und konsultieren sie***. ***Die Mitgliedstaaten schaffen günstige Ausgangsbedingungen, sodass sich die Zivilgesellschaft an Antikorruptionsmaßnahmen beteiligen und wirksam für diese engagieren kann.*** |

Or. en

**Änderungsantrag 41**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 3 – Absatz 6 a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(6a) Die Mitgliedstaaten ergreifen Maßnahmen, um der Korruption im privaten Sektor vorzubeugen, indem Verhaltensnormen entwickelt werden und die Buchführungs- und Rechnungsprüfungsnormen sowie interne*** |

***Kontrollsysteme und die Transparenz verbessert werden, wobei die externe Rechnungsprüfung vor allem in Bereichen mit hohem Risiko berücksichtigt und die Zusammenarbeit mit den Strafverfolgungsbehörden gefördert wird.***

Or. en

**Änderungsantrag 42**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 4 – Absatz 3 – Buchstabe a**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| a) von der Regierung ***funktional*** unabhängig sind und über ausreichendes qualifiziertes Personal, die finanziellen, technischen und technologischen Ressourcen sowie die Befugnisse und Instrumente verfügen, die für eine ordnungsgemäße Wahrnehmung ihrer Aufgaben erforderlich sind; | a) von der Regierung unabhängig sind ***und selbstständig Entscheidungen über Einzelfälle treffen können*** und über ausreichendes qualifiziertes Personal, die finanziellen, technischen und technologischen Ressourcen sowie die Befugnisse und Instrumente verfügen, die für eine ordnungsgemäße Wahrnehmung ihrer Aufgaben erforderlich sind; |

Or. en

**Änderungsantrag 43**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 4 – Absatz 3 – Buchstabe c a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***ca) Jahresberichte über ihre Tätigkeiten und Ergebnisse bereitstellen;*** |

Or. en

**Änderungsantrag 44**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 4 – Absatz 3 – Buchstabe c b (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***cb) jährlich Daten zu Korruptionsfällen bereitstellen und aktualisieren, einschließlich Verurteilungen, Schäden und eingezogener Vermögenswerte;*** |

Or. en

**Änderungsantrag 45**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 5 – Absatz 1**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| Die Mitgliedstaaten treffen die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass die für die Aufdeckung, Ermittlung, Verfolgung und Ahndung der in dieser Richtlinie genannten Straftaten zuständigen nationalen Behörden dauerhaft über ausreichendes qualifiziertes Personal und die finanziellen, technischen und technologischen Ressourcen verfügen, die für die wirksame Wahrnehmung ihrer Aufgaben im Zusammenhang mit der Durchführung dieser Richtlinie erforderlich sind. | Die Mitgliedstaaten treffen die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass die für die Aufdeckung, Ermittlung, Verfolgung und Ahndung der in dieser Richtlinie genannten Straftaten ***sowie für die Präventionsmaßnahmen*** zuständigen nationalen Behörden dauerhaft über ausreichendes qualifiziertes Personal und die finanziellen, technischen und technologischen Ressourcen verfügen, die für die wirksame Wahrnehmung ihrer Aufgaben im Zusammenhang mit der Durchführung dieser Richtlinie erforderlich sind. |

Or. en

**Änderungsantrag 46**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 6 – Absatz 1**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (1) Die Mitgliedstaaten treffen die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass angemessene Ressourcen für die Schulung ihrer nationalen Beamten zur Verfügung stehen und diese Schulungen durchgeführt werden, damit die Betreffenden in der Lage sind, verschiedene Formen von Korruption und Korruptionsrisiken, mit denen sie bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben gegebenenfalls konfrontiert sind, zu erkennen und rechtzeitig und angemessen auf verdächtige Handlungen zu reagieren. | (1) Die Mitgliedstaaten treffen die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass angemessene Ressourcen für die Schulung ihrer nationalen Beamten zur Verfügung stehen und diese Schulungen durchgeführt werden, damit die Betreffenden in der Lage sind, verschiedene Formen von Korruption und Korruptionsrisiken, mit denen sie bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben gegebenenfalls konfrontiert sind, ***zu verhindern und*** zu erkennen und rechtzeitig und angemessen auf verdächtige Handlungen zu reagieren. |

Or. en

**Änderungsantrag 47**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 6 – Absatz 2**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (2) Die Mitgliedstaaten treffen die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass für die Mitglieder der Strafverfolgungs- und Justizbehörden sowie für die Bediensteten der Behörden, die mit strafrechtlichen Ermittlungen und Verfahren im Zusammenhang mit den in den Anwendungsbereich dieser Richtlinie fallenden Straftaten betraut sind, angemessene Ressourcen für spezielle Schulungen zur Korruptionsbekämpfung zur Verfügung stehen und diese Schulungen in regelmäßigen Abständen durchgeführt werden. | (2) Die Mitgliedstaaten treffen die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass für die Mitglieder der Strafverfolgungs- und Justizbehörden sowie für die Bediensteten der Behörden, die mit strafrechtlichen Ermittlungen ***und administrativen Untersuchungen*** und Verfahren im Zusammenhang mit den in den Anwendungsbereich dieser Richtlinie fallenden Straftaten betraut sind, angemessene Ressourcen für spezielle Schulungen zur Korruptionsbekämpfung zur Verfügung stehen und diese Schulungen in regelmäßigen Abständen durchgeführt werden. |

Or. en

**Änderungsantrag 48**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 7 – Absatz 1 – Buchstabe a**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| a) Handlungen, bei denen jemand unmittelbar oder über einen Mittelsmann einem öffentlichen Bediensteten einen Vorteil jedweder Art für ihn selbst oder für einen Dritten als Gegenleistung dafür verspricht, anbietet ***oder*** gewährt, dass der Bedienstete ***eine Diensthandlung oder*** eine Handlung bei der Ausübung seines Dienstes vornimmt oder unterlässt (Bestechung); | a) Handlungen, bei denen jemand unmittelbar oder über einen Mittelsmann einem öffentlichen Bediensteten einen ***ungerechtfertigten*** Vorteil jedweder Art für ihn selbst oder für einen Dritten als Gegenleistung dafür verspricht, anbietet**,** gewährt ***oder entschädigt***, dass der Bedienstete eine Handlung bei der Ausübung seines Dienstes vornimmt oder unterlässt (Bestechung); |

Or. en

**Änderungsantrag 49**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 7 – Absatz 1 – Buchstabe b**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| b) Handlungen, bei denen ein öffentlicher Bediensteter unmittelbar oder über einen Mittelsmann für sich selbst oder für einen Dritten einen Vorteil jedweder Art als Gegenleistung dafür fordert, annimmt oder sich versprechen lässt, dass er ***eine Diensthandlung oder*** eine Handlung bei der Ausübung seines Dienstes vornimmt oder unterlässt (Bestechlichkeit). | b) Handlungen, bei denen ein öffentlicher Bediensteter unmittelbar oder über einen Mittelsmann für sich selbst oder für einen Dritten einen ***ungerechtfertigten*** Vorteil jedweder Art als Gegenleistung dafür fordert, annimmt**,** sich versprechen lässt ***oder ein derartiges Angebot annimmt***, dass er eine Handlung bei der Ausübung seines Dienstes vornimmt oder unterlässt (Bestechlichkeit). |

Or. en

**Änderungsantrag 50**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 8 – Absatz 1 – Buchstabe a**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| a) Handlungen, bei denen jemand unmittelbar oder über einen Mittelsmann einer Person, die für ein Unternehmen im privaten Sektor in leitender oder sonstiger Stellung tätig ist, einen ungerechtfertigten Vorteil jedweder Art für diese Person selbst oder für einen Dritten als Gegenleistung dafür verspricht, anbietet ***oder*** gewährt, ***das*** diese Person unter Verletzung ihrer Pflichten eine Handlung vornimmt oder unterlässt (Bestechung); | a) Handlungen, bei denen jemand unmittelbar oder über einen Mittelsmann einer Person, die für ein Unternehmen im privaten Sektor in leitender oder sonstiger Stellung tätig ist, einen ungerechtfertigten Vorteil jedweder Art für diese Person selbst oder für einen Dritten als Gegenleistung dafür verspricht, anbietet***,*** gewährt ***oder entschädigt***, ***dass*** diese Person unter Verletzung ihrer Pflichten eine Handlung vornimmt oder unterlässt (Bestechung); |

Or. en

**Änderungsantrag 51**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 8 – Absatz 1 – Buchstabe b**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| b) Handlungen, bei denen jemand, der in einem Unternehmen im privaten Sektor in leitender oder sonstiger Stellung tätig ist, unmittelbar oder über einen Mittelsmann für sich selbst oder für einen Dritten einen ungerechtfertigten Vorteil jedweder Art als Gegenleistung dafür fordert, annimmt oder sich versprechen lässt, dass er unter Verletzung seiner Pflichten eine Handlung vornimmt oder unterlässt (Bestechlichkeit). | b) Handlungen, bei denen jemand, der in einem Unternehmen im privaten Sektor in leitender oder sonstiger Stellung tätig ist, unmittelbar oder über einen Mittelsmann für sich selbst oder für einen Dritten einen ungerechtfertigten Vorteil jedweder Art als Gegenleistung dafür fordert, annimmt***,*** sich versprechen lässt ***oder ein derartiges Angebot annimmt***, dass er unter Verletzung seiner Pflichten eine Handlung vornimmt oder unterlässt (Bestechlichkeit). |

Or. en

**Änderungsantrag 52**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 12 – Absatz 1 – Nummer 1**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (1) die unmittelbare oder über einen Mittelsmann erfolgende Anwendung von körperlicher Gewalt, Drohungen oder Einschüchterung oder das Versprechen, Anbieten oder Gewähren eines Vorteils, um in einem Verfahren im Zusammenhang mit einer ***der in den Artikeln 7 bis 11 sowie 13 und 14 genannten Straftaten*** eine Falschaussage herbeizuführen oder eine Aussage oder die Vorlage von Beweismaterial zu beeinflussen; | (1) die unmittelbare oder über einen Mittelsmann erfolgende Anwendung von körperlicher Gewalt, Drohungen oder Einschüchterung oder das Versprechen, Anbieten oder Gewähren eines Vorteils, um in einem Verfahren im Zusammenhang mit einer ***Korruptionsstraftat*** eine Falschaussage herbeizuführen oder eine Aussage oder die Vorlage von Beweismaterial zu beeinflussen; |

Or. en

**Änderungsantrag 53**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 12 – Absatz 1 – Nummer 2**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (2) die unmittelbare oder über einen Mittelsmann erfolgende Anwendung von körperlicher Gewalt, Drohungen oder Einschüchterung, um im Zusammenhang mit einer ***der in den Artikeln 7 bis 11 sowie 13 und 14 genannten Straftaten*** eine Person, die ein Amt im Bereich der Justiz innehat, oder ein Mitglied einer Strafverfolgungsbehörde an der Ausübung seiner Dienstpflichten zu hindern***.*** | (2) die unmittelbare oder über einen Mittelsmann erfolgende Anwendung von körperlicher Gewalt, Drohungen oder Einschüchterung oder das Versprechen, Anbieten oder Gewähren eines Vorteils, um in einem Verfahren im Zusammenhang mit einer ***Korruptionsstraftat*** eine Falschaussage herbeizuführen oder eine Aussage oder die Vorlage von Beweismaterial zu beeinflussen***;*** |

Or. en

**Änderungsantrag 54**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 12 – Absatz 1 – Nummer 2 a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(2a) die Zerstörung, Änderung,*** |

***Verheimlichung oder Verfälschung von Beweismitteln, mit der Absicht, in ein korruptionsbezogenes Verfahren einzugreifen.***

Or. en

**Änderungsantrag 55**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 13 – Absatz 1**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| Die Mitgliedstaaten treffen die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass der vorsätzliche Erwerb, der vorsätzliche Besitz oder die vorsätzliche Verwendung eines Vermögensgegenstandes durch einen öffentlichen Bediensteten***, der davon Kenntnis hat, dass der betreffende Vermögensgegenstand aus einer der in den Artikeln 7 bis 12 und 14 genannten Straftaten stammt,*** unter Strafe gestellt wird, ***unabhängig davon, ob der betreffende Bedienstete*** an der Begehung ***der*** Straftat ***beteiligt war***. | Die Mitgliedstaaten treffen die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass der vorsätzliche Erwerb, der vorsätzliche Besitz oder die vorsätzliche Verwendung eines Vermögensgegenstandes***, der in Relation zum rechtmäßigen Einkommen des öffentlichen Bediensteten erheblich unverhältnismäßig ist und durch dieses Einkommen nicht gerechtfertigt werden kann,*** durch einen öffentlichen Bediensteten unter Strafe gestellt wird, ***wenn das nationale Gericht der Überzeugung ist, dass dieser Vermögensgegenstand aus einer kriminellen Beteiligung*** an der Begehung ***einer in dieser Richtlinie genannten*** Straftat ***stammt***. |

Or. en

**Änderungsantrag 56**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 13 – Absatz 1 a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***Alle Gegebenheiten des konkreten Falls werden berücksichtigt, wenn beurteilt wird, ob der fragliche*** |

***Vermögensgegenstand aus einer kriminellen Beteiligung an der Begehung einer in dieser Richtlinie genannten Straftat stammt. Es ist nicht erforderlich, alle Sachverhaltselemente oder Umstände in Zusammenhang mit der kriminellen Beteiligung zu belegen, einschließlich der Identität des Täters, und es ist unerheblich, ob die Person die kriminelle Tätigkeit, aus der der Vermögensgegenstand stammt, beging oder an ebendieser beteiligt war.***

Or. en

**Änderungsantrag 57**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 13 a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***Artikel 13a*** |
| | ***Verheimlichung*** |
| | ***Die Mitgliedstaaten treffen die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass die Verheimlichung oder andauernde Einbehaltung eines Vermögensgegenstandes durch eine Person, die Kenntnis davon hat, dass dieser Vermögensgegenstand aus einer der in dieser Richtlinie genannten Straftaten stammt, auch wenn diese Person nicht an der Begehung dieser Straftaten beteiligt war, unter Strafe gestellt wird.*** |

Or. en

**Änderungsantrag 58**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 13 b (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***Artikel 13b*** |
| | ***Fehlverhalten in einem öffentlichen Amt*** |
| | ***Die Mitgliedstaaten treffen die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass die schuldhafte Verletzung einer Dienstverpflichtung durch einen öffentlichen Bediensteten, der seine Pflichten nicht oder nur mangelhaft wahrnimmt, wenn dies zu Schaden oder Verletzung der Rechte natürlicher oder juristischer Personen führt, unter Strafe gestellt wird.*** |

Or. en

**Änderungsantrag 59**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 14 – Absatz 1**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (1) Die Mitgliedstaaten treffen die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass die Anstiftung zu einer der in den Artikeln 7 bis ***13*** genannten Straftaten unter Strafe gestellt wird. | (1) Die Mitgliedstaaten treffen die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass die Anstiftung zu einer der in den Artikeln 7 bis ***13a*** genannten Straftaten unter Strafe gestellt wird. |

Or. en

**Änderungsantrag 60**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 14 – Absatz 2**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (2) Die Mitgliedstaaten treffen die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass die Beihilfe zu einer | (2) Die Mitgliedstaaten treffen die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass die Beihilfe zu einer |

| | |
|---|---|
| der in den Artikeln 7 bis ***13*** genannten Straftaten unter Strafe gestellt wird. | der in den Artikeln 7 bis ***13a*** genannten Straftaten unter Strafe gestellt wird. |

Or. en

**Änderungsantrag 61**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 15 – Absatz 2 – Buchstabe a**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| a) die Straftaten nach den Artikeln 7 und 12 mit einer Freiheitsstrafe im Höchstmaß von mindestens ***sechs*** Jahren geahndet werden, | a) die Straftaten nach den Artikeln 7 und 12 mit einer Freiheitsstrafe im Höchstmaß von mindestens ***sieben*** Jahren geahndet werden, |

Or. en

**Änderungsantrag 62**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 15 – Absatz 2 – Buchstabe b**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| b) die Straftaten nach den Artikeln 8 bis 11 mit einer Freiheitsstrafe im Höchstmaß von mindestens ***fünf*** Jahren geahndet werden ***und*** | b) die Straftaten nach den Artikeln 8 bis 11 mit einer Freiheitsstrafe im Höchstmaß von mindestens ***sechs*** Jahren geahndet werden |

Or. en

**Änderungsantrag 63**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 15 – Absatz 2 – Buchstabe c**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| c) die Straftat nach ***Artikel*** 13 mit einer Freiheitsstrafe im Höchstmaß von mindestens ***vier*** Jahren geahndet wird***.*** | c) die Straftat nach ***Artikeln*** 13 ***und 13a*** mit einer Freiheitsstrafe im Höchstmaß von mindestens ***fünf*** Jahren geahndet wird***;*** |

***und***

Or. en

**Änderungsantrag 64**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 15 – Absatz 2 – Buchstabe c a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***ca) die Straftat nach Artikel 13b mit einer Freiheitsstrafe im Höchstmaß von mindestens drei Jahren geahndet wird.*** |

Or. en

**Änderungsantrag 65**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 15 – Absatz 3**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| ***(3) Beinhaltet eine Straftat nach Artikel 9 einen Schaden von weniger als 10 000 EUR oder einen Vorteil von weniger als 10 000 EUR, so können die Mitgliedstaaten andere als strafrechtliche Sanktionen vorsehen.*** | ***entfällt*** |

Or. en

**Änderungsantrag 66**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 15 – Absatz 3 a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(3a) Unbeschadet der Absätze 1 und 2 treffen die Mitgliedstaaten die erforderlichen Maßnahmen, um*** |

***sicherzustellen, dass gegen eine natürliche Person, die wegen der Begehung einer der in den Artikeln 7 bis 14 genannten Straftaten verurteilt wurde, durch eine zuständige Behörde Sanktionen oder Maßnahmen verhängt werden können, die nicht zwangsläufig strafrechtlicher Natur sind, u. a.:***

***a) die Abberufung oder Suspendierung von einem öffentlichen Amt oder die Versetzung auf eine andere Stelle;***

***b) der Ausschluss von:***

***i) der Ausübung eines öffentlichen Amtes;***

***ii) der Wahrnehmung einer öffentlichen Aufgabe;***

***c) der Entzug des passiven Wahlrechts in einem angemessenen Verhältnis zur Schwere der begangenen Straftat für mindestens zwei aufeinanderfolgende Mandate oder für mindestens zehn Jahre für hochrangige Beamte;***

***d) der Ausschluss vom Zugang zu öffentlicher Finanzierung, einschließlich Ausschreibungsverfahren, Beihilfen und Genehmigungen.***

Or. en

*Absatz 3a (neu) ist eine Anpassung des Artikels 15 Absatz 4 des Vorschlags der Kommission.*

**Änderungsantrag 67**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 15 – Absatz 4 – Buchstabe b**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| ***b) die Abberufung oder Suspendierung von einem öffentlichen Amt oder die Versetzung auf eine andere Stelle;*** | ***entfällt*** |

Or. en

**Änderungsantrag 68**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 15 – Absatz 4 – Buchstabe c – Ziffer i**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| ***i) der Ausübung eines öffentlichen Amtes;*** | ***entfällt*** |

Or. en

**Änderungsantrag 69**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 15 – Absatz 4 – Buchstabe c – Ziffer ii**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| ***ii) der Wahrnehmung einer öffentlichen Aufgabe;*** | ***entfällt*** |

Or. en

**Änderungsantrag 70**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 15 – Absatz 4 – Buchstabe d**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| ***d) der Entzug des passiven Wahlrechts in einem angemessenen Verhältnis zur Schwere der begangenen Straftat; und*** | ***entfällt*** |

Or. en

**Änderungsantrag 71**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 15 – Absatz 4 – Buchstabe f**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| ***(f) der Ausschluss vom Zugang zu öffentlicher Finanzierung, darunter auch Ausschreibungsverfahren, Beihilfen und Genehmigungen.*** | ***entfällt*** |

Or. en

**Änderungsantrag 72**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 15 – Absatz 4 a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(4a) Die Mitgliedstaaten berücksichtigen die Schwere der betreffenden Straftat in der Erwägung einer möglichen Strafaussetzung, frühzeitigen Freisetzung, Haftentlassung unter Auflagen oder Begnadigung der Personen, die für derartige Straftaten verurteilt wurden.*** |

Or. en

**Änderungsantrag 73**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 17 – Absatz 2 – Buchstabe a**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| a) Geldstrafen oder Geldbußen, deren Höchstmaß mindestens 5 % des weltweiten Gesamtumsatzes der juristischen Person, einschließlich verbundener Unternehmen, im Geschäftsjahr vor der Entscheidung zur Verhängung der Geldstrafe beträgt, | *Betrifft nicht die deutsche Fassung.* |

Or. en

**Änderungsantrag 74**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 18 – Absatz 1 – Buchstabe a**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| a) ***Der Täter ist*** ein hochrangiger Beamter. | a) ***Die Straftat involviert einen öffentlichen Bediensteten, der*** ein hochrangiger Beamter ***ist***. |

Or. en

**Änderungsantrag 75**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 18 – Absatz 1 – Buchstabe b**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| b) Der Täter wurde in der Vergangenheit wegen einer in den Artikeln 7 bis 14 genannten Straftat verurteilt. | b) Der Täter***, bei juristischen Personen einschließlich Muttergesellschaft oder Tochtergesellschaft,*** wurde in der Vergangenheit wegen einer in den Artikeln 7 bis 14 genannten Straftat ***in einem Mitgliedstaat oder für eine gleichwertige Straftat in einem Drittland*** verurteilt. |

Or. en

**Änderungsantrag 76**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 18 – Absatz 1 – Buchstabe e**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| e) Der Täter nimmt Ermittlungs-, Strafverfolgungs- oder Ahndungsaufgaben | e) Der Täter nimmt Ermittlungs-, Strafverfolgungs-***, Streitbeilegungs-*** oder |

| | |
|---|---|
| wahr. | Ahndungsaufgaben wahr. |

Or. en

**Änderungsantrag 77**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 19 – Absatz 1**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| Die Mitgliedstaaten treffen die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass die Vorrechte oder Befreiungen von der Ermittlung und Strafverfolgung, die nationalen Beamten für in dieser Richtlinie genannte Straftaten gewährt werden***, durch ein objektives, unparteiisches, wirksames und transparentes Verfahren aufgehoben werden können, das im Voraus auf der Grundlage klarer Kriterien gesetzlich festgelegt und innerhalb eines angemessenen Zeitrahmens abgeschlossen wird.*** | ***(1)*** Die Mitgliedstaaten treffen die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass die Vorrechte oder Befreiungen von der Ermittlung und Strafverfolgung, die nationalen Beamten für in dieser Richtlinie genannte Straftaten gewährt werden***:*** |

Or. en

**Änderungsantrag 78**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 19 – Absatz 1 – Buchstabe a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***a) auf Handlungen im Rahmen der Ausübung der Dienstverpflichtungen beschränkt werden;*** |

Or. en

**Änderungsantrag 79**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 19 – Absatz 1 – Buchstabe b (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***b) nur für Handlungen Anwendung finden, die während der Amtszeit oder Dienstzeit des öffentlichen Bediensteten vorgenommen wurden; und*** |

Or. en

**Änderungsantrag 80**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 19 – Absatz 1 – Buchstabe c (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***c) durch ein objektives, unparteiisches, wirksames und transparentes Verfahren aufgehoben werden können, das im Voraus auf Grundlage klarer Kriterien gesetzlich festgelegt und innerhalb eines angemessenen Zeitrahmens abgeschlossen wird.*** |

Or. en

**Änderungsantrag 81**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 19 – Absatz 1 a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(1a) Die Mitgliedstaaten ergreifen Maßnahmen, um die Amtsimmunität von der Ermittlungen und Strafverfolgung für nationale und EU-Bedienstete in Großkorruptionsfällen aufzuheben.*** |

Or. en

**Änderungsantrag 82**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 19 – Absatz 1 b (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(1b) Die Mitgliedstaaten richten Verfahren ein, anhand derer ein öffentlicher Bediensteter, der einer der in dieser Richtlinie genannten Straftaten beschuldigt wird, wenn angemessen, unter Berücksichtigung des Prinzips der Unschuldsvermutung von der zuständigen Behörde entlassen, suspendiert oder neu zugewiesen werden kann.*** |

Or. en

**Änderungsantrag 83**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 19 – Absatz 1 c (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(1c) Die Mitgliedstaaten treffen die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass eine nach innerstaatlichem Recht bestehende Ermessensfreiheit hinsichtlich der Strafverfolgung von Personen wegen in dieser Richtlinie genannten Straftaten mit der angemessenen internen Konsultation ausgeübt wird, wobei der Notwendigkeit der Abschreckung von diesen Straftaten gebührend Rechnung zu tragen ist.*** |

Or. en

**Änderungsantrag 84**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 19 – Absatz 1 d (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(1d) Unbeschadet der Rechte der Opfer von Verbrechen nach Richtlinie 2012/29/EU stellen die Mitgliedstaaten im Falle eines Verzichts auf Strafverfolgung sicher, dass jede Organisation mit dem Ziel der Korruptionsbekämpfung das Recht hat, eine Strafverfolgungsentscheidung in Hinsicht auf Folgendes zu überprüfen:*** |
| | ***a) die Einleitung oder Nichteinleitung der Ermittlungs- oder Strafverfolgungsverfahren;*** |
| | ***b) die Aussetzung der Ermittlungs- oder Strafverfolgungsverfahren;*** |
| | ***c) die Einstellung der Ermittlungs- oder Strafverfolgungsverfahren.*** |

Or. en

**Änderungsantrag 85**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 19 – Absatz 1 e (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(1e) Das innerstaatliche Recht regelt die Festlegung des Anwendungsbereichs und der Bedingungen für die in Absatz 3 genannten gerichtlichen Kontrolle und sieht Schutzmaßnahmen für böswillige Beschwerden vor.*** |

Or. en

**Änderungsantrag 86**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 19 – Absatz 1 f (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(1f) Die Mitgliedstaaten treffen die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass es keine persönliche Befreiung von der Ermittlung und Strafverfolgung für nationale Beamte hinsichtlich Vermögensgegenständen gibt, die mittels juristischen Personen oder Rechtsvereinbarungen, die als Instrumente für die private Vermögensverwaltung dienen, gehalten werden.*** |

Or. en

**Änderungsantrag 87**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 20 – Absatz 1 – Buchstabe c**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| c) die Straftat zugunsten einer im Hoheitsgebiet dieses Mitgliedstaats niedergelassenen juristischen Person begangen wurde***.*** | c) die Straftat zugunsten einer im Hoheitsgebiet des betreffenden Mitgliedstaats niedergelassenen juristischen Person begangen wird***;*** |

Or. en

**Änderungsantrag 88**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 20 – Absatz 1 – Buchstabe c a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***ca) die Straftat bei Großkorruption in irgendeinem Mitgliedstaat begangen wurde.*** |

Or. en

**Änderungsantrag 89**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 21 – Absatz 2 – Buchstabe c**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| c) acht Jahre ab der Begehung der Straftat für die in den Artikeln 13 ***und*** 14 genannten Straftaten. | c) acht Jahre ab der Begehung der Straftat für die in den Artikeln 13 ***bis*** 14 genannten Straftaten. |

Or. en

**Änderungsantrag 90**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 21 – Absatz 3 – Buchstabe c**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| c) fünf Jahre für die in den Artikeln 13 ***und*** 14 genannten Straftaten. | c) fünf Jahre für die in den Artikeln 13 ***bis*** 14 genannten Straftaten. |

Or. en

**Änderungsantrag 91**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 21 – Absatz 4 – Buchstabe c**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| c) acht Jahre ab dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung für eine der in den Artikeln 13 ***und*** 14 genannten Straftaten. | c) acht Jahre ab dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung für eine der in den Artikeln 13 ***bis*** 14 genannten Straftaten. |

Or. en

**Änderungsantrag 92**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 21 – Absatz 5 – Buchstabe c**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| c) fünf Jahre ab dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung für eine der in den Artikeln 13 ***und*** 14 genannten Straftaten. | c) fünf Jahre ab dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung für eine der in den Artikeln 13 ***bis*** 14 genannten Straftaten. |

Or. en

**Änderungsantrag 93**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 22 – Absatz 1**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (1) Die Mitgliedstaaten treffen die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass die Richtlinie (EU) 2019/1937 auf die Meldung von in den Artikeln 7 bis 14 genannten Straftaten und den Schutz von Personen, die solche Straftaten melden, Anwendung findet. | (1) Die Mitgliedstaaten treffen die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass die Richtlinie (EU) 2019/1937 auf die Meldung von in den Artikeln 7 bis 14 genannten Straftaten und den Schutz von Personen, die solche Straftaten melden, ***einschließlich investigativen Journalisten,*** Anwendung findet. |

Or. en

**Änderungsantrag 94**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 23 – Absatz 1**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| Die Mitgliedstaaten treffen die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass den für die Ermittlung oder strafrechtliche Verfolgung der in dieser Richtlinie genannten Straftaten | Die Mitgliedstaaten treffen die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass den für die Ermittlung oder strafrechtliche Verfolgung der in dieser Richtlinie genannten Straftaten |

| | |
|---|---|
| zuständigen Personen, Stellen oder Diensten wirksame Ermittlungsinstrumente zur Verfügung stehen, wie sie zur Bekämpfung organisierter Kriminalität oder anderer schwerer Straftaten verwendet werden. | zuständigen Personen, Stellen oder Diensten wirksame Ermittlungsinstrumente zur Verfügung stehen, wie sie zur Bekämpfung organisierter Kriminalität oder anderer schwerer Straftaten verwendet werden***, einschließlich jener in der Richtlinie 2014/41/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 3. April 2014 über die Europäische Ermittlungsanordnung in Strafsachen oder jener, die bei Finanzkriminalität zur Anwendung kommen, wie etwa das zentrale Zugangsportal zum Bankkontenregister im Einklang mit der Richtlinie (EU) 2019/1153 oder andere Instrumente, anhand derer Unternehmensinformationen zur Feststellung des wirtschaftlichen Eigentums erlangt werden können***. |

Or. en

**Änderungsantrag 95**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 23 a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***Artikel 23a*** |
| | ***Informationsaustausch*** |
| | ***Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass alle in Artikel 4 genannten einschlägigen Gremien direkten Zugang zu SIENA haben und das SIENA-System für den Informationsaustausch in grenzüberschreitenden Ermittlungen nutzen.*** |

Or. en

**Änderungsantrag 96**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 23 b (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***Artikel 23b*** |
| | ***Rechte der Opfer und Schadenausgleich*** |
| | ***(1) Die Mitgliedstaaten schützen Opfer und befähigen sie, ihre Ansichten und Anliegen vorzubringen sowie während der angemessenen Phasen der Strafverfahren gegen die Täter auf eine Art und Weise berücksichtigt zu werden, die deren Verteidigungsrechte nicht beeinträchtigt.*** |
| | ***(2) Die Mitgliedstaaten treffen die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass die Rechte der Opfer gemäß der Richtlinie (EU) 2012/29 auch für Korruptionsopfer zur Anwendung kommen, und um sicherzustellen, dass Korruptionsopfer:*** |
| | ***a) identifiziert und so früh wie möglich über ihren Status als Korruptionsopfer informiert werden;*** |
| | ***b) unbeschadet des Artikels 11 Absatz 5 der Richtlinie (EU) 2012/29 das Recht auf eine Überprüfung von Entscheidungen, keine Strafverfolgung aufzunehmen oder eine außergerichtliche Lösung anzustreben, haben;*** |
| | ***c) einen Befriedigungsanspruch haben, einschließlich, aber nicht beschränkt auf, einer Anerkennung der Rechtsverletzung, eines Ausdrucks des Bedauerns, einer formellen Entschuldigung oder einer anderen angemessenen Handlung;*** |
| | ***d) das Recht auf eine Garantie der Nicht-Wiederholung haben; und*** |
| | ***e) gegebenenfalls Anspruch auf eine Verfügung haben.*** |
| | ***(3) Die Mitgliedstaaten stellen sicher,*** |

***dass qualifizierte Nichtregierungsorganisationen im öffentlichen Interesse gemäß innerstaatlichem Recht als Interessenvertreter der Opfer von Korruption und im Einklang mit innerstaatlichem Recht vor Gericht oder zuständigen Verwaltungsgremien Klage erheben können, um sicherzustellen, dass ihre Rechte gemäß Absatz 2 geschützt sind.***

***(4) Die Mitgliedstaaten treffen die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass Einrichtungen oder Personen, die infolge einer Korruptionshandlung Schaden erlitten haben, das Recht haben, ein gerichtliches Verfahren gegen jene einzuleiten, die für den Schaden verantwortlich sind, um eine Entschädigung zu erhalten.***

Or. en

**Änderungsantrag 97**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 24 – Absatz 1**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| Unbeschadet der Vorschriften über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und die Rechtshilfe in Strafsachen arbeiten die Behörden der Mitgliedstaaten, Europol, Eurojust, die Europäische Staatsanwaltschaft, das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) und die Kommission im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten bei der Bekämpfung von in dieser Richtlinie genannten Straftaten zusammen. Zu diesem Zweck leisten Europol, Eurojust, ***die Europäische Staatsanwaltschaft,*** das ***Europäische*** Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) und die Kommission im Einklang mit ihrem jeweiligen Mandat gegebenenfalls | Unbeschadet der Vorschriften über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und die Rechtshilfe in Strafsachen arbeiten die Behörden der Mitgliedstaaten, Europol, Eurojust, die Europäische Staatsanwaltschaft, das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) und die Kommission im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten bei der Bekämpfung von in dieser Richtlinie genannten Straftaten zusammen. Zu diesem Zweck leisten Europol, Eurojust, das Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) und die Kommission im Einklang mit ihrem jeweiligen Mandat gegebenenfalls technische und operative Unterstützung, |

| | |
|---|---|
| technische und operative Unterstützung, um die Koordinierung der Ermittlungen und Strafverfolgungsmaßnahmen durch die zuständigen Behörden zu erleichtern. | um die Koordinierung der Ermittlungen und Strafverfolgungsmaßnahmen durch die zuständigen Behörden ***sowie die Europäische Staatsanwaltschaft*** zu erleichtern. |

Or. en

**Änderungsantrag 98**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 25 – Absatz 3 – Buchstabe a**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| a) Sie erleichtert die Zusammenarbeit und den Austausch bewährter Verfahren zwischen Angehörigen der einschlägigen Berufsgruppen, Sachverständigen, Forschern und anderen Interessenträgern aus den Mitgliedstaaten; | a) Sie erleichtert die Zusammenarbeit und den Austausch bewährter Verfahren zwischen Angehörigen der einschlägigen Berufsgruppen, ***der Zivilgesellschaft, unabhängigen*** Sachverständigen, Forschern und anderen Interessenträgern aus den Mitgliedstaaten; |

Or. en

**Änderungsantrag 99**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 26 – Absatz 2 – Buchstabe f a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***fa) die Zahl der Sicherstellungs- und Einziehungsentscheidungen sowie ihren geschätzten Wert;*** |

Or. en

**Änderungsantrag 100**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 26 – Absatz 2 – Buchstabe k**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| k) die Zahl der Begnadigungen unter Angabe der Zahl der begnadigten öffentlichen Bediensteten und hochrangigen Beamten. | *Betrifft nicht die deutsche Fassung.* |

Or. en

**Änderungsantrag 101**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 26 – Absatz 3**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (3) Die Mitgliedstaaten veröffentlichen jährlich bis zum 1. Juni die in Absatz 2 genannten statistischen Daten für das Vorjahr in einem maschinenlesbaren und aufgeschlüsselten Format und setzen die Kommission davon in Kenntnis. | (3) Die Mitgliedstaaten veröffentlichen jährlich bis zum 1. Juni die in Absatz 2 genannten statistischen Daten für das Vorjahr in einem ***offenen,*** maschinenlesbaren***, zugänglichen, auffindbaren und wiederverwendbaren Format, gemeinsam mit den Metadaten, im Sinne der Richtlinie (EU) 2019/1024 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 über offene Daten und die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors*** und ***in einem*** aufgeschlüsselten Format und setzen die Kommission davon in Kenntnis. |

Or. en

**Änderungsantrag 102**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 28 – Absatz 1 – Nummer 2**
Richtlinie (EU) 2017/1371
Artikel 4 – Absatz 2

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| 2. ***In*** Artikel 4 Absatz 2 ***werden die*** | 2. Artikel 4 Absatz 2 ***erhält folgende*** |

***Wörter „vorsätzliche Bestechlichkeit und vorsätzliche*** Bestechung***“,*** „Bestechlichkeit***“ und „Bestechung“ durch „vorsätzliche Bestechlichkeit und vorsätzliche*** Bestechung i***m öffentlichen Sektor“,*** „Bestechlichkeit ***im öffentlichen Sektor“ bzw. „Bestechung im öffentlichen Sektor“ ersetzt***.

***Fassung:***

***„(1) Die Mitgliedstaaten treffen die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass die folgenden Handlungen unter Strafe gestellt werden, wenn sie vorsätzlich begangen wurden: a) Handlungen, bei denen jemand unmittelbar oder über einen Mittelsmann einer Person einem öffentlichen Bediensteten einen ungerechtfertigten Vorteil jedweder Art für diesen selbst oder für einen Dritten als Gegenleistung dafür verspricht, anbietet, gewährt oder entschädigt, dass der Bedienstete eine Handlung bei der Ausübung seines Dienstes auf eine Weise vornimmt oder unterlässt, dass dadurch die finanziellen Interessen der Union geschädigt werden oder wahrscheinlich geschädigt werden (***Bestechung***);***

***b) Handlungen, bei denen ein öffentlicher Bediensteter unmittelbar oder über eine Mittelperson für sich selbst oder für einen Dritten einen ungerechtfertigten Vorteil jedweder Art als Gegenleistung dafür fordert, annimmt, sich versprechen lässt oder ein derartiges Angebot annimmt, dass er eine Handlung bei der Ausübung seines Dienstes auf eine Weise vornimmt oder unterlässt, dass dadurch die finanziellen Interessen der Union geschädigt werden oder wahrscheinlich geschädigt werden (***Bestechlichkeit***).***

***Die Mitgliedstaaten treffen die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass davon ausgegangen wird, dass jedwede Handlung der Bestechlichkeit oder, die von einem „EU-Bediensteten“ durchgeführt wird, das Ziel hat, Ressourcen von der rechtmäßigen***

***Ausübung ihres*** öffentlichen ***Amtes abzuzweigen und, dass dies eine Schädigung der finanziellen Interessen der Union impliziert***.

***2. Die Mitgliedstaaten treffen die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass folgende Handlungen unter Strafe gestellt werden, wenn sie vorsätzlich und im Rahmen von wirtschaftlichen, finanziellen, geschäftlichen oder gewerblichen Tätigkeiten begangen wurden:***

***a) Handlungen, bei denen jemand unmittelbar oder über eine Mittelsperson, die für ein Unternehmen im privaten Sektor in leitender oder sonstiger Stellung tätig ist, einen ungerechtfertigten Vorteil jedweder Art für diese Person selbst oder für einen Dritten als Gegenleistung dafür verspricht, anbietet, gewährt oder entschädigt, dass diese Person unter Verletzung ihrer Pflichten eine Handlung auf eine Weise vornimmt oder unterlässt, dass dadurch die finanziellen Interessen der Union geschädigt werden oder wahrscheinlich geschädigt werden (***Bestechung***);***

***b) Handlungen, bei denen jemand, der in einem Unternehmen im privaten Sektor in leitender oder sonstiger Stellung tätig ist, unmittelbar oder über eine Mittelperson für sich selbst oder für einen Dritten einen ungerechtfertigten Vorteil jedweder Art als Gegenleistung dafür fordert, annimmt oder sich versprechen lässt, dass er unter Verletzung seiner Pflichten eine Handlung auf eine Weise vornimmt oder unterlässt, dass dadurch die finanziellen Interessen der Union geschädigt werden oder wahrscheinlich geschädigt werden (***Bestechlichkeit***).“***

Or. en

**Änderungsantrag 103**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 28 – Absatz 1 – Nummer 2 a (neu)**
Richtlinie (EU) 2017/1371
Artikel 4 – Absatz 3

| *Derzeitiger Wortlaut* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***2a. Artikel 4 Absatz 3 erhält folgende Fassung:*** |
| (3) Die Mitgliedstaaten treffen die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass die ***vorsätzliche missbräuchliche Verwendung eine Straftat darstellt***. | ***„***(3) Die Mitgliedstaaten treffen die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass die ***folgenden Handlungen unter Strafe gestellt werden, wenn sie vorsätzlich begangen wurden:*** |
| ***Im Sinne dieser Richtlinie bezeichnet der Ausdruck „missbräuchliche Verwendung“ die Handlung eines unmittelbar oder mittelbar mit der Verwaltung von Mitteln oder Vermögenswerten betrauten öffentlichen Bediensteten, auf jedwede*** Weise ***Mittel entgegen ihrer Zweckbestimmung zu binden oder auszuzahlen oder sonstige Vermögenswerte entgegen ihrer Zweckbestimmung zuzuweisen oder zu verwenden, wodurch*** die finanziellen Interessen der Union geschädigt werden. | ***a) Handlungen, bei denen ein öffentlicher Bediensteter einen Vermögensgegenstand, mit dessen Verwaltung er mittelbar oder unmittelbar betraut ist, auf eine*** Weise ***zweckwidrig bindet, auszahlt, sich zueignet oder nutzt, dass dadurch*** die finanziellen Interessen der Union geschädigt werden ***oder wahrscheinlich geschädigt werden***; |
| | ***b) Handlungen, bei denen eine Person, die für ein Unternehmen im privaten Sektor in leitender oder sonstiger Stellung tätig ist, einen Vermögensgegenstand, mit dessen Verwaltung sie mittelbar oder unmittelbar betraut ist, auf eine Weise zweckwidrig bindet, auszahlt, sich zueignet oder nutzt, dass dadurch die finanziellen Interessen der Union geschädigt werden oder wahrscheinlich geschädigt werden.“*** |

Or. en

**Änderungsantrag 104**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 28 – Absatz 1 – Nummer 2 b (neu) – Einleitung**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***2b. In Artikel 4 werden folgende Absätze eingefügt:*** |

Or. en

**Änderungsantrag 105**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 28 – Absatz 1 – Nummer 2 b (neu)**
Richtlinie (EU) 2017/1371
Artikel 4 – Absatz 3 a (neu)

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***„(3a) Die Mitgliedstaaten treffen die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass die folgenden Handlungen unter Strafe gestellt werden, wenn sie vorsätzlich begangen wurden:*** |
| | ***a) Handlungen, bei denen jemand unmittelbar oder über einen Mittelsmann einer Person oder einem Dritten einen ungerechtfertigten Vorteil jedweder Art als Gegenleistung dafür verspricht, anbietet oder gewährt, dass die betreffende Person ihren tatsächlichen oder vermeintlichen Einfluss ausübt, um von einem öffentlichen Bediensteten auf eine Weise einen ungerechtfertigten Vorteil zu erlangen, dass dadurch die finanziellen Interessen der Union geschädigt werden oder wahrscheinlich geschädigt werden;*** |
| | ***b) Handlungen, bei denen jemand unmittelbar oder über eine Mittelperson einen ungerechtfertigten Vorteil jedweder Art für sich oder einen Dritten als Gegenleistung dafür fordert, annimmt oder sich versprechen lässt, dass er seinen*** |

***tatsächlichen oder vermeintlichen Einfluss ausübt, um von einem öffentlichen Bediensteten auf eine Weise einen ungerechtfertigten Vorteil zu erlangen, dass dadurch die finanziellen Interessen der Union geschädigt werden oder wahrscheinlich geschädigt werden.***

***Für die Strafbarkeit der in Buchstaben a und b genannten Handlungen ist es unerheblich, ob der Einfluss ausgeübt wird bzw. ob der vermeintliche Einfluss zu den angestrebten Ergebnissen führt oder nicht.***

Or. en

**Änderungsantrag 106**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 28 – Absatz 1 – Nummer 2 b (neu)**
Richtlinie (EU) 2017/1371
Artikel 4 – Absatz 3 b (neu)

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(3b) Die Mitgliedstaaten treffen die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass die folgenden Handlungen unter Strafe gestellt werden, wenn sie vorsätzlich begangen wurden:*** |
| | ***(1) Handlungen, die ein öffentlicher Bediensteter in Ausübung seines Dienstes rechtswidrig durchführt oder unterlässt, um sich selbst oder einem Dritten auf eine Weise einen ungerechtfertigten Vorteil zu verschaffen, dass dadurch die finanziellen Interessen der Union geschädigt werden oder wahrscheinlich geschädigt werden;*** |
| | ***(2) Handlungen, die eine Person, die für ein Unternehmen im privaten Sektor in leitender oder sonstiger Stellung tätig ist, im Rahmen von wirtschaftlichen, finanziellen, geschäftlichen oder gewerblichen Tätigkeiten, unter Verletzung ihrer Pflichten durchführt oder unterlässt, um sich selbst oder einem*** |

***Dritten auf eine Weise einen ungerechtfertigten Vorteil zu verschaffen, dass dadurch die finanziellen Interessen der Union geschädigt werden oder wahrscheinlich geschädigt werden.***

Or. en

**Änderungsantrag 107**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 28 – Absatz 1 – Nummer 2 b (neu)**
Richtlinie (EU) 2017/1371
Artikel 4 – Absatz 3 c (neu)

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(3c) Die Mitgliedstaaten treffen die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass die folgenden Handlungen unter Strafe gestellt werden, wenn sie vorsätzlich begangen wurden:*** |
| | ***(1) die unmittelbare oder über eine Mittelperson erfolgende Anwendung von körperlicher Gewalt, Drohungen oder Einschüchterung oder das Versprechen, Anbieten oder Gewähren eines Vorteils, um in einem Verfahren im Zusammenhang mit einer in dieser Richtlinie genannten Straftat eine Falschaussage herbeizuführen oder eine Aussage oder die Vorlage von Beweismaterial zu beeinflussen;*** |
| | ***(2) die unmittelbare oder über eine Mittelperson erfolgende Anwendung von körperlicher Gewalt, Drohungen oder Einschüchterung, um im Zusammenhang mit einer in dieser Richtlinie genannten Straftat eine Person, die ein Amt im Bereich der Justiz innehat, oder ein Mitglied einer Strafverfolgungsbehörde an der Ausübung seiner Dienstpflichten zu hindern.*** |
| | ***(3) die Zerstörung, Änderung, Verschleierung oder Verfälschung von Beweismitteln, mit der Absicht, in ein*** |

***Verfahren im Zusammenhang mit einer in dieser Richtlinie genannten Straftat einzugreifen.***

Or. en

**Änderungsantrag 108**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 28 – Absatz 1 – Nummer 2 b (neu)**
Richtlinie (EU) 2017/1371
Artikel 4 – Absatz 3 d (neu)

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(3d) Die Mitgliedstaaten treffen die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass der vorsätzliche Erwerb, der vorsätzliche Besitz oder die vorsätzliche Verwendung eines Vermögensgegenstandes, der in Relation zum rechtmäßigen Einkommen des öffentlichen Bediensteten erheblich unverhältnismäßig ist und durch dieses Einkommen nicht gerechtfertigt werden kann, durch einen öffentlichen Bediensteten unter Strafe gestellt wird, wenn das nationale Gericht der Überzeugung ist, dass dieser Vermögensgegenstand aus einer kriminellen Beteiligung an der Begehung einer in dieser Richtlinie genannten Straftat stammt.*<br><br>***Alle Gegebenheiten des konkreten Falls werden berücksichtigt, wenn beurteilt wird, ob der fragliche Vermögensgegenstand aus einer kriminellen Beteiligung an der Begehung einer in dieser Richtlinie genannten Straftat stammt. Es ist nicht erforderlich, alle Sachverhaltselemente oder Umstände in Zusammenhang mit der kriminellen Beteiligung zu belegen, einschließlich der Identität des Täters, und es ist unerheblich, ob die Person die kriminelle Tätigkeit, aus der der*** |

***Vermögensgegenstand stammt, beging oder an ebendieser beteiligt war.***

Or. en

**Änderungsantrag 109**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 28 – Absatz 1 – Nummer 2 b (neu)**
Richtlinie (EU) 2017/1371
Artikel 4 – Absatz 3 e (neu)

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(3e) Die Mitgliedstaaten treffen die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass die Verheimlichung oder andauernde Einbehaltung eines Vermögensgegenstandes durch eine Person, die Kenntnis davon hat, dass dieser Vermögensgegenstand aus einer der in dieser Richtlinie genannten Straftaten stammt, auch wenn diese Person nicht an ihrer Begehung beteiligt war, unter Strafe gestellt wird.*** |

Or. en

**Änderungsantrag 110**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 28 – Absatz 1 – Nummer 2 b (neu)**
Richtlinie (EU) 2017/1371
Artikel 4 – Absatz 3 – Buchstabe f (neu)

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(3f) Die Mitgliedstaaten treffen die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass, wenn sie auf eine Weise ausgeführt wird, dass dadurch die finanziellen Interessen der Union geschädigt werden oder wahrscheinlich geschädigt werden, die schuldhafte Verletzung einer Dienstverpflichtung*** |

| | |
|---|---|
| | ***durch einen öffentlichen Bediensteten, der seine Pflichten nicht oder nur mangelhaft wahrnimmt, wenn dies zu Schaden oder Verletzung der Rechte natürlicher oder juristischer Personen führt, unter Strafe gestellt wird.*** |

Or. en

**Änderungsantrag 111**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 28 – Absatz 1 – Nummer 2 c (neu)**
Richtlinie (EU) 2017/1371
Artikel 5 – Absatz 2

| *Derzeitiger Wortlaut* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***2c. Artikel 5 Absatz 2 erhält folgende Fassung:*** |
| (2) Die Mitgliedstaaten treffen die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass ***der Versuch der Begehung einer*** Straftat im Sinne des Artikels 3 und des Artikels 4 Absatz 3 als Straftat geahndet werden kann. | ***„***(2) Die Mitgliedstaaten treffen die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass ***eine versuchte*** Straftat im Sinne des Artikels 3 und des Artikels 4 Absatz 3 ***Buchstaben b bis d dieser Richtlinie*** als Straftat geahndet werden kann.***“*** |

Or. en

**Änderungsantrag 112**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 28 – Absatz 1 – Nummer 3**
Richtlinie (EU) 2017/1371
Artikel 7 – Absatz 3 – Unterabsatz 1

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| Die Mitgliedstaaten treffen die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass Straftaten im Sinne des Artikels 3 und des Artikels 4 ***Absätze*** 1 ***und*** 2 mit einer Freiheitsstrafe im Höchstmaß von mindestens ***sechs*** Jahren | Die Mitgliedstaaten treffen die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass Straftaten im Sinne des Artikels 3 und des Artikels 4 ***Absatz*** 1***, Absatz*** 2 ***Unterabsatz 1 und Absatz 3 Buchstabe c*** mit einer Freiheitsstrafe im |

| | |
|---|---|
| geahndet werden können. | Höchstmaß von mindestens ***sieben*** Jahren geahndet werden können. |

Or. en

**Änderungsantrag 113**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 28 – Absatz 1 – Nummer 3**
Richtlinie (EU) 2017/1371
Artikel 7 – Absatz 3 – Unterabsatz 2

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| Die Mitgliedstaaten treffen die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass die in Artikel 4 Absatz 3 genannte Straftat mit einer Freiheitsstrafe im Höchstmaß von mindestens ***fünf*** Jahren geahndet werden kann***, wenn sie einen erheblichen Schaden oder Vorteil beinhaltet***. | Die Mitgliedstaaten treffen die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass die in Artikel 4 ***Absatz 2 Unterabsatz 2 bis*** Absatz 3 ***Buchstabe b*** genannte Straftat mit einer Freiheitsstrafe im Höchstmaß von mindestens ***sechs*** Jahren geahndet werden kann. |

Or. en

**Änderungsantrag 114**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 28 – Absatz 1 – Nummer 3**
Richtlinie (EU) 2017/1371
Artikel 7 – Absatz 3 – Unterabsatz 2 a (neu)

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***Die Mitgliedstaaten treffen die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass eine Straftat nach Artikel 4 Absatz 3 Buchstaben d und e mit einer Freiheitsstrafe im Höchstmaß von mindestens fünf Jahren geahndet werden kann.*** |

Or. en

**Änderungsantrag 115**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 28 – Absatz 1 – Nummer 3**
Richtlinie (EU) 2017/1371
Artikel 7 – Absatz 3 – Unterabsatz 2 b (neu)

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***Die Mitgliedstaaten treffen die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass eine Straftat nach Artikel 4 Absatz 3 Buchstabe f mit einer Freiheitsstrafe im Höchstmaß von mindestens drei Jahren geahndet werden kann.*** |

Or. en

**Änderungsantrag 116**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 28 – Absatz 1 – Nummer 3**
Richtlinie (EU) 2017/1371
Artikel 7 – Absatz 3 – Unterabsatz 3

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| ***Als erheblich gilt der Schaden oder Vorteil aus einer Straftat im Sinne von Artikel 3 Absatz 2 Buchstaben a, b oder c und im Sinne von Artikel 4, wenn der Schaden oder Vorteil mehr als 100 000 EUR beträgt.*** | ***entfällt*** |

Or. en

**Änderungsantrag 117**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 28 – Absatz 1 – Nummer 3**
Richtlinie (EU) 2017/1371
Artikel 7 – Absatz 3 – Unterabsatz 4

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| ***Der Schaden oder Vorteil aus einer Straftat im Sinne von Artikel 3 Absatz 2 Buchstabe d gilt vorbehaltlich des Artikels 2 Absatz 2 stets als erheblich.*** | ***entfällt*** |

Or. en

**Änderungsantrag 118**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 28 – Absatz 1 – Nummer 4**
Richtlinie (EU) 2017/1371
Artikel 7 – Absatz 4

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| 4. Artikel 7 Absatz 4 ***erhält folgende Fassung:*** | 4. Artikel 7 Absatz 4 ***wird gestrichen.*** |
| ***(4) Beinhaltet eine Straftat im Sinne von Artikel 3 Absatz 2 Buchstaben a, b oder c oder im Sinne von Artikel 4 Absätze 1 und 3 einen Schaden von weniger als 10 000 EUR oder einen Vorteil von weniger als 10 000 EUR, so können die Mitgliedstaaten andere als strafrechtliche Sanktionen vorsehen.*** | |

Or. en

**Änderungsantrag 119**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 28 – Absatz 1 – Nummer 7 a (neu)**
Richtlinie (EU) 2017/1371
Artikel 11 – Absatz 1

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***7a. In Artikel 11 Absatz 1 wird unter Buchstabe b „oder eine Person mit gewöhnlichem Aufenthalt in seinem*** |

| | |
|---|---|
| | ***Hoheitsgebiet“ hinzugefügt.*** |
| | ***In Artikel 11 Absatz 1 wird folgender Buchstabe c angefügt: „die Straftat zugunsten einer in seinem Hoheitsgebiet niedergelassenen juristischen Person begangen wurde.“*** |

Or. en

**Änderungsantrag 120**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 28 – Absatz 1 – Nummer 7 b (neu)**
Richtlinie (EU) 2017/1371
Artikel 11 – Absatz 3

| *Derzeitiger Wortlaut* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***7b. Artikel 11 Absatz 3 erhält folgende Fassung:*** |
| (3) Ein Mitgliedstaat unterrichtet die Kommission, wenn er sich dafür entscheidet, seine Gerichtsbarkeit für Straftaten im Sinne der Artikel 3, 4 oder 5, die außerhalb seines Hoheitsgebiets begangen wurden, zu begründen, ***in den folgenden Fällen:*** | ***„***(3) Ein Mitgliedstaat unterrichtet die Kommission, wenn er sich dafür entscheidet, seine Gerichtsbarkeit für Straftaten im Sinne der Artikel 3, 4 oder 5, die außerhalb seines Hoheitsgebiets begangen wurden, zu begründen, ***wenn*** es sich bei dem Täter um einen seiner Beamten bei der Ausübung seiner Dienstpflichten ***handelt***.***“*** |
| ***a) der gewöhnliche Aufenthalt des Straftäters liegt in seinem Hoheitsgebiet,*** | |
| ***b) die Straftat wird zugunsten einer in seinem Hoheitsgebiet ansässigen juristischen Person begangen, oder*** | |
| ***c)*** es ***handelt*** sich bei dem Täter um einen seiner Beamten bei der Ausübung seiner Dienstpflichten. | |

Or. en

**Änderungsantrag 121**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 28 – Absatz 1 – Nummer 8**
Richtlinie (EU) 2017/1371
Artikel 12 – Absatz 2 – Buchstabe a

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (a) fünfzehn Jahre ab der Begehung der Straftat für die in Artikel 3 und Artikel 4 ***Absätze*** 1 ***und*** 2 genannten Straftaten; | (a) fünfzehn Jahre ab der Begehung der Straftat für die in Artikel 3 und Artikel 4 ***Absatz*** 1***, Absatz*** 2 ***Unterabsatz 1 sowie Absatz 3 Buchstabe c*** genannten Straftaten; |

Or. en

**Änderungsantrag 122**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 28 – Absatz 1 – Nummer 8**
Richtlinie (EU) 2017/1371
Artikel 12 – Absatz 2 – Buchstabe b

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (b) zehn Jahre ab der Begehung der Straftat für die in Artikel 4 Absatz 3 genannte Straftat. | (b) zehn Jahre ab der Begehung der Straftat für die in Artikel 4 ***Absatz 2 Unterabsatz 2 bis*** Absatz 3 ***Buchstabe b*** genannte Straftat***;*** |

Or. en

**Änderungsantrag 123**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 28 – Absatz 1 – Nummer 8**
Richtlinie (EU) 2017/1371
Artikel 12 – Absatz 2 – Buchstabe b a (neu)

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(ba) acht Jahre ab der Begehung der Straftat für die in Artikel 4 Absatz 3 Buchstaben d bis f und Artikel 5*** |

***genannten Straftaten.***

Or. en

**Änderungsantrag 124**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 28 – Absatz 1 – Nummer 8**
Richtlinie (EU) 2017/1371
Artikel 12 – Absatz 3 – Buchstabe a

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| a) zehn Jahre für die in Artikel 3 und Artikel 4 ***Absätze*** 1 ***und*** 2 genannten Straftaten; | a) zehn Jahre für die in Artikel 3 und Artikel 4 ***Absatz*** 1***, Absatz*** 2 ***Unterabsatz 1 und Absatz 3 Buchstabe c*** genannten Straftaten; |

Or. en

**Änderungsantrag 125**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 28 – Absatz 1 – Nummer 8**
Richtlinie (EU) 2017/1371
Artikel 12 – Absatz 3 – Buchstabe b

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| b) acht Jahre für die in Artikel 4 Absatz 3 genannte Straftat. | b) acht Jahre für die in Artikel 4 ***Absatz 2 Unterabsatz 2 bis*** Absatz 3 ***Buchstabe b*** genannte Straftat***;*** |

Or. en

**Änderungsantrag 126**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 28 – Absatz 1 – Nummer 8**
Richtlinie (EU) 2017/1371
Artikel 12 – Absatz 3 – Buchstabe b a (neu)

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***ba) fünf Jahre für die in Artikel 4 Absatz 3 Buchstaben d bis f und Artikel 5 genannten Straftaten.*** |

Or. en

**Änderungsantrag 127**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 28 – Absatz 1 – Nummer 8**
Richtlinie (EU) 2017/1371
Artikel 12 – Absatz 4 – Buchstabe a

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| a) fünfzehn Jahre ab dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung für eine der in Artikel 3 und Artikel 4 ***Absätze*** 1 ***und*** 2 genannten Straftaten; | a) fünfzehn Jahre ab dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung für eine der in Artikel 3 und Artikel 4 ***Absatz*** 1***, Absatz*** 2 ***Unterabsatz 1 und Absatz 3 Buchstabe c*** genannten Straftaten; |

Or. en

**Änderungsantrag 128**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 28 – Absatz 1 – Nummer 8**
Richtlinie (EU) 2017/1371
Artikel 12 – Absatz 4 – Buchstabe b

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| b) zehn Jahre ab dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung für die in Artikel 4 Absatz 3 genannte Straftat. | b) zehn Jahre ab dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung für die in Artikel 4 ***Absatz 2 Unterabsatz 2 bis*** Absatz 3 ***Buchstabe b*** genannte Straftat***;*** |

Or. en

**Änderungsantrag 129**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 28 – Absatz 1 – Nummer 8**
Richtlinie (EU) 2017/1371
Artikel 12 – Absatz 4 – Buchstabe b a (neu)

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***ba) acht Jahre ab dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung für eine der in Artikel 4 Absatz 3 Buchstaben d bis f und Artikel 5 genannten Straftaten.*** |

Or. en

**Änderungsantrag 130**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 28 – Absatz 1 – Nummer 8**
Richtlinie (EU) 2017/1371
Artikel 12 – Absatz 5 – Buchstabe a

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| a) zehn Jahre ab dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung für eine der in Artikel 3 und Artikel 4 ***Absätze*** 1 ***und*** 2 genannten Straftaten; | a) zehn Jahre ab dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung für eine der in Artikel 3 und Artikel 4 ***Absatz*** 1***, Absatz*** 2 ***Unterabsatz 1 und Absatz 3 Buchstabe c*** genannten Straftaten; |

Or. en

**Änderungsantrag 131**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 28 – Absatz 1 – Nummer 8**
Richtlinie (EU) 2017/1371
Artikel 12 – Absatz 5 – Buchstabe b

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| b) acht Jahre ab dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung für die in Artikel 4 Absatz 3 genannte Straftat. | b) acht Jahre ab dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung für die in Artikel 4 ***Absatz 2 Unterabsatz 2 bis*** |

Absatz 3 ***Buchstabe b*** genannte Straftat***;***

Or. en

**Änderungsantrag 132**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 28 – Absatz 1 – Nummer 8**
Richtlinie (EU) 2017/1371
Artikel 12 – Absatz 5 – Buchstabe b a (neu)

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***ba) fünf Jahre ab dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung für die in Artikel 4 Absatz 3 Buchstaben d bis f und Absatz 5 genannten Straftaten.*** |

Or. en

**Änderungsantrag 133**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 28 – Absatz 1 – Nummer 8 a (neu)**
Richtlinie (EU) 2017/1371
Artikel 12 a (neu)

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***8a. Folgender Artikel 12a wird eingefügt:*** |
| | ***„Vorrechte oder Befreiung von der Ermittlung und Strafverfolgung von Korruptionsdelikten*** |
| | ***Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die Bestimmungen aus Artikel 19 der Richtlinie (EU) XXX zur Korruptionsbekämpfung auf die in dieser Richtlinie genannten Straftaten anwendbar sind.“*** |

Or. en

**Änderungsantrag 134**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 28 – Absatz 8 b (neu)**
Richtlinie (EU) 2017/1371
Artikel 12 b (neu)

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(8b) Folgender Artikel 12b wird eingefügt:*** |
| | ***„Schutz von Personen, die Straftaten melden oder Ermittlungen unterstützen*** |
| | ***Zusätzlich zu den in der Richtlinie (EU) 2019/1937 genannten Maßnahmen stellen die Mitgliedstaaten sicher, dass Personen, die in dieser Richtlinie genannte Straftaten melden und Beweise vorlegen oder anderweitig an der Ermittlung, strafrechtlichen Verfolgung oder Ahndung dieser Straftaten mitwirken, im Rahmen von Strafverfahren den notwendigen Schutz sowie die notwendige Unterstützung und Hilfe erhalten.“*** |

Or. en

**Änderungsantrag 135**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 30 – Absatz 2**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| (2) Alle zwei Jahre ab dem [12 Monate nach der Frist für die Umsetzung dieser Richtlinie] übermitteln die Mitgliedstaaten der Kommission innerhalb von drei Monaten einen Bericht, der eine Zusammenfassung hinsichtlich der Umsetzung der ***Artikel 3 bis 6*** und der diesbezüglich getroffenen Maßnahmen enthält. | (2) Alle zwei Jahre ab dem [12 Monate nach der Frist für die Umsetzung dieser Richtlinie] übermitteln die Mitgliedstaaten der Kommission innerhalb von drei Monaten einen ***umfassenden*** Bericht, der eine Zusammenfassung hinsichtlich der Umsetzung der ***Richtlinie*** und der diesbezüglich getroffenen Maßnahmen enthält. |

Or. en

**Änderungsantrag 136**

**Vorschlag für eine Richtlinie**
**Artikel 30 – Absatz 2 a (neu)**

| *Vorschlag der Kommission* | *Geänderter Text* |
|---|---|
| | ***(2a) Die Kommission analysiert die Einreichungen der Mitgliedstaaten nach Absatz 2 und nimmt ihr Fazit über das Ausmaß der Durchführung dieser Richtlinie durch die Mitgliedstaaten in den jährlichen Bericht über die Rechtsstaatlichkeit auf.*** |

Or. en

## BEGRÜNDUNG

Die Korruption ist eine der größten gegenwärtigen Bedrohungen für die ordnungsgemäße Funktion nationaler und EU-Institutionen. Die Korruption untergräbt das Fundament der Demokratie sowie das Vertrauen in öffentliche Institutionen und nimmt unseren Bürgern die Möglichkeiten und Dienstleistungen, die sie verdient haben. Jährlich fließen erhebliche finanzielle Mittel aus öffentlichen Haushalten in die Taschen der Korruptionstäter. Dadurch werden wir wertvoller Ressourcen beraubt, die andernfalls in die Bildung, das Gesundheitssystem und die Infrastruktur investiert werden könnten. Die Korruption schädigt nicht nur unsere Wirtschaft, sondern schwächt unser gesellschaftliches Gefüge.

Wenn wir wollen, dass Europa frei von Korruption ist, müssen wir anerkennen, dass sie an vielen Fronten bekämpft werden muss. Wir müssen die Korruption auf allen Ebenen bekämpfen, von kleinen Geldsummen bis hin zu Großkorruptionsfällen. Reformen unseres Rechtsrahmens, robuste Durchsetzungsmechanismus und die Kultivierung einer Kultur der Ethik und der Rechenschaftspflicht sind erforderlich. Außerdem müssen Hinweisgeber, die, oft unter großem persönlichem Risiko, eine zentrale Rolle in der Aufdeckung von Korruption spielen, befähigt werden. Nur durch die gemeinsame Anstrengung von Mitgliedstaaten, Institutionen, Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft können wir bedeutende Fortschritte im Kampf gegen die Korruption erzielen.

Korruptionsstraftaten sind bekanntermaßen schwierig zu untersuchen und aufzudecken, da sie häufig von sehr raffinierten Gruppen aus Individuen begangen werden, die geübt darin sind, die Regelungslücken im System auszunutzen. Daher ist es erforderlich, das Sekundärrecht der EU zu aktualisieren, das auf die Schaffung von Mindeststandards in der Korruptionsbekämpfung abzielt, in erster Linie, aber nicht ausschließlich, durch das Strafrecht.

Der vorliegende Vorschlag bietet eine robuste Aktualisierung der Definitionen für Straftaten, die im Unionsrecht bereits definiert wurden, einschließlich Bestechung im öffentlichen und privaten Sektor, und ergänzt auch neue Straftaten, die für eine wirksamere Korruptionsbekämpfung benötigt werden. Es wird außerdem begrüßt, dass dieser Vorschlag das Unionsrecht in Einklang mit dem Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Korruption bringt. Der Entwurf eines Berichts steht im Einklang mit dem Hauptziel des Vorschlages, einen umfassenden und einheitlichen Rahmen für die Korruptionsbekämpfung zu schaffen, um sicherzustellen, dass unsere Anstrengungen in der Korruptionsbekämpfung innerhalb der EU kohärent und wirksam sind. Der Entwurf eines Berichts baut auf den Vorschlag auf, um die Definitionen für Straftaten genauer festzulegen und zwei weitere Straftaten hinzuzufügen, nämlich die Verheimlichung von Vermögensgegenständen, die aus der Korruption stammen, sowie das Fehlverhalten in einem öffentlichen Amt. Kreisläufe der Korruption üben häufig Tätigkeiten aus oder stützen sich auf Aktivitäten, die in den Geltungsbereich dieser zwei neu definierten Straftaten fallen, und es ist genauso wichtig, diese Straftaten zu verfolgen und zu ahnden.

Abgesehen von der Definition der Straftaten führt dieser Vorschlag auch neue Regelungen zu Sanktionen und verfahrensrechtlichen Schutzvorschriften ein, anhand derer Wege zur Umgehung der Strafverfolgung von Korruption ausgemerzt werden sollen. Der Entwurf eines Berichts erhöht einige der Mindesthaftstrafen, um sie in Einklang mit der Schwere des

betreffenden Verhaltens zu bringen. Außerdem führt er das Konzept der Großkorruption ein, bei dem besondere Vorsicht geboten ist, damit strafrechtliche Ermittlungen nicht durch Zuständigkeitskonflikte oder die Befreiung von gerichtlicher Verfolgung der Tatverdächtigen beeinträchtigt werden.

Der Bericht führt zusätzliche Bestimmungen zum Schutz der Opfer von Korruption ein und stellt sicher, dass die Täter sich nicht den Folgen ihrer kriminellen Tätigkeiten entziehen können, indem sie sich hinter juristischen Personen oder anderen Rechtsformen verstecken. Gewisse Änderungen am Text der Kommission werden vorgeschlagen, um ein Gleichgewicht zwischen der Notwendigkeit, Korruptionsdelikte effektiv zu ermitteln und zu verfolgen, und jener, die Grundrechte aller involvierten Personen zu respektieren, herzustellen.

Die Kommission hat zurecht festgestellt, dass die Korruption nicht nur über das Strafrecht bekämpft werden kann und Maßnahmen zur Korruptionsprävention vorgeschlagen. Die Prävention ist häufig die kosteneffizienteste Möglichkeit zur Bekämpfung der Korruption und die Steigerung dieses Aspekts sollte im Mittelpunkt des EU-Ansatzes liegen. Dieser Entwurf eines Berichts verstärkt daher diese Bestimmungen, um die Verpflichtungen der Mitgliedstaaten in diesem Bereich klar und eindeutig zu formulieren. Es ist wichtig, Phänomene, die häufig korruptionsbezogen sind, zu überwachen, wie etwa Drehtüreffekte zwischen dem öffentlichen und privaten Sektor, mögliche Interessenkonflikte und unerklärte Vermögenswerte von öffentlichen Bediensteten. Der Korruption kann am besten vorgebeugt werden, wenn bedeutende Informationen sowohl der Öffentlichkeit als auch einschlägigen Behörden einfach zugänglich gemacht werden, da dies eine effektive Analyse ermöglicht. Die angemessene Regulierung von Lobbyingaktivitäten sowie klare und transparente Regelungen für die Finanzierung politischer Parteien und für Wahlkampffinanzierung ist ebenfalls wesentlich.

Der Vorschlag erkennt bereits die wichtige Rolle an, die der Zivilgesellschaft in der Überwachung zukommt (Hinweise auf Bedrohungen der Rechtsstaatlichkeit geben, Behörden zur Rechenschaft ziehen sowie sicherstellen, dass Grundrechte respektiert werden), und fordert, dass die Mitgliedstaaten ihre Rolle in der Korruptionsbekämpfung stärken. Der Entwurf eines Berichts stärkt die Rolle der Zivilgesellschaft in der Prävention und Bekämpfung der Korruption, indem Organisationen, die diesem Phänomen entgegenwirken, das Recht darauf haben, Entscheidungen für oder gegen die Eröffnung von Ermittlungsverfahren zu prüfen, und indem der Zivilgesellschaft ermöglicht wird, die Rechte der Opfer von Korruption zu verteidigen.
Schließlich reagiert der Kommissionsvorschlag richtig auf die enge Verbindung zwischen der Gesetzgebung gegen Korruption und der Richtlinie (EU) 2017/1371 über den Schutz der finanziellen Interessen. Da die Korruptionsstraftäter häufig kriminell an Betrug gegen die finanziellen Interessen der Union beteiligt sind, ist es wichtig, diese beiden Rechtsakte aneinander anzugleichen, nicht nur hinsichtlich ihrer Definitionen, sondern auch bezüglich der verfahrensrechtlichen Instrumente, die darin zur Anwendung kommen. Der Entwurf eines Berichts schlägt zusätzliche Bestimmungen vor, um eine reibungslose Durchführung der beiden Rechtsakte sicherzustellen, und befasst sich auch mit der Zuständigkeit der Europäischen Staatsanwaltschaft.